

Ist das bei Ergänzung und Abrundung vorhandener Kleinhausbebauung nicht möglich, sind Doppelhäuser zu bevorzugen. Wohnbereiche aus Eigenheimen sind vorwiegend in ländlichen Siedlungen und an Standorten zu planen, wo die Ausweisung von Geschosswohnungsbau nicht effektiv und aus gestalterischen Gründen nicht vertretbar ist. Eigenheimbebauung kann zur Schließung von Baulücken vorgesehen werden, wenn durch mehrgeschossigen Wohnungsbau eine wirtschaftlich und gestalterisch günstigere Lösung nicht zu erreichen ist.

Ausgehend von der Eigenheimverordnung⁷, die bei Neuplanungen die Grundstücksgröße von 500 m² begrenzt, sind folgende Grundstücksgrößen im Zusammenhang mit unterschiedlichen Hausformen einzuhalten (Angaben in m²):

| | Einzelhaus | Doppelhaus | Reihenhaus | Gartenhofhaus |
|-------------|------------|------------|------------|---------------|
| 1geschossig | 400...500 | 350...400 | 300...350 | 200...250 |
| 2geschossig | 350...400 | 300...350 | 250...300 | |

In schon erschlossenen Gebieten können sich gegebenenfalls aus dem Gesamtflächenzuschnitt Abweichungen ergeben. In ländlichen Gemeinden können die Grundstücke größer sein, wenn dies durch landwirtschaftsspezifische Nutzung begründet ist. In jedem Fall sind im Interesse wirtschaftlicher Erschließung möglichst geringe Haus- und Grundstücksbreiten zu gewährleisten

4.3. Instandhaltung, Instandsetzung, Modernisierung

(67) Grundlage für die Entscheidung über Art und Umfang der Reproduktionsmaßnahmen an der Wohnbausubstanz sind die Analysen der Wohnungen und Wohngebäude einschließlich Sonderwohnformen und ihre Bewertung. Die Analysen der Wohnbausubstanz haben mindestens zu enthalten:

- die Ergebnisse der VBWZ
- die Klassifizierung der Wohngebäude nach ihrem baulichen Zustand
- die Baujahresgruppe
- die Bauweise und Konstruktionsart
- städtebauhygienische Situation
- kulturhistorischer Wert und stadttypische Bedeutung.

Der Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen ist eine komplexe Einschätzung des Wohnwertes in Gegenüberstellung zu den volkswirtschaftlichen Aufwendungen unter Berücksichtigung der jeweiligen städtebaulichen Bedingungen und denkmalpflegerischen Gegebenheiten zugrunde zu legen.

(68) Veränderungen der Wohnungsgrößenstruktur des Bestandes sind - abhängig von den Wohnungsgrundrissen - zulässig, wenn sie in Übereinstimmung mit der vorgesehenen Haushaltsgrößenstruktur und dem Gesamtprogramm geplant werden und ökonomisch begründet sind.

(69) Die städtebauliche Planung der Reproduktionsmaßnahmen erfolgt mit dem Ziel, die Wohnbedingungen in allen Wohngebäuden schrittweise zu verbessern. In Abhängigkeit von den jeweiligen baulichen Gegebenheiten sind Realisierungsetappen festzulegen.

Ausgehend von der hochbaulichen und städtebaulichen Bewertung der Wohnbausubstanz sind folgende Maßnahmen zu planen:

- Instandhaltung⁸
- Instandsetzung⁶
- Modernisierung - Kategorien nach Ausstattungsmerkmalen⁹
- Rekonstruktion¹⁰
- Nutzungsänderung
- Abriss¹¹.

7 Verordnung vom 31. 8. 1978 über den Neubau, die Modernisierung und Instandsetzung von Eigenheimen - Eigenheimverordnung - (GBl. I Nr. 40 S. 425)

8 Entsprechend den Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik, Teil 3, in der Fassung der 1. Ergänzung, S. 113

9 Ebenda, in der Fassung der 3. Ergänzung, S. 130/1, und 4. Ergänzung, S. 130.

10 Ebenda, S. 112, und in der Fassung der 4. Ergänzung, S. 129.

11 Anordnung vom 8. 11. 1984 über den Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen - Abrissanordnung (GBl. I Nr. 39 S. 433)

Ungenutzte Wohnungen und ausbaufähige Dachgeschosse sind bei entsprechender Eignung durch geeignete Lenkungs- oder Baumaßnahmen der Wohnnutzung zuzuführen. Bei gesellschaftlich genutzten Wohnungen ist die Rückführung in den Wohnungsfonds unter Beachtung der volkswirtschaftlichen Aufwendungen und Möglichkeiten zu prüfen. Wohnungen, die städtebauhygienisch unzulässig beeinträchtigt sind, können gesellschaftlichen oder gewerblichen Nutzungen zugeführt werden (s. Abschn. 5., 6., 11.). In den Wohngebäuden vorhandene bzw. durch Initiative der Mieter entstandene IWC, Bäder und Duschen und moderne Heizsysteme sind weitestgehend zu erhalten.

(70) Für Baumaßnahmen an der vorhandenen Bausubstanz gilt folgendes:

- Die Instandsetzung der erhaltenswerten und modernisierungswürdigen Wohnbausubstanz hat Vorrang.
- Die Grundanforderungen bauliche Sicherheit, trockenes und warmes Wohnen und die Funktionssicherheit der Ver- und Entsorgungsleitungen sind zu erfüllen.
- Eingriffe in das konstruktive System der Gebäude sind möglichst zu vermeiden. Der Einbau von IWC und Bad oder Dusche oder die städtebauhygienische Situation können jedoch solche Veränderungen begründen.
- Architekturdetails an Fassaden und im Gebäudeinnern sind soweit wie möglich und ökonomisch vertretbar zu erhalten und wiederherzustellen. Dies gilt auch für Objekte, die nicht denkmalgeschützt sind.
- Für die Kellerverlegung von Versorgungsleitungen sind Möglichkeiten zu schaffen.

4.4. Städtebauliche Anforderungen an die Wohngebäude

(71) Wohngebiete sind stets in wechselseitigem Zusammenhang mit der Gebäudeentwicklung zu planen. Über die anzuwendenden Erzeugnisse des Wohnungsbaus und erforderlichenfalls ihre Weiterentwicklung wird mit der Aufgabenstellung entschieden.

(72) Das Sortiment der Wohngebäude soll so beschaffen sein, daß das gesamte differenzierte Programm der erforderlichen Wohnungsgrößen und Sonderwohnformen in einem Wohngebiet realisiert werden kann. Eine ausschließliche Zuordnung von kleinen und großen Wohnungen zu bestimmten Gebäudelösungen sollte vermieden werden.

(73) Zur Gewährleistung einer effektiven Nutzung des Baulandes und zur Sicherung einer harmonischen Einordnung des Wohnungsneubaus in die Standortssituation ist ein Sortiment variabler Gebäudelösungen erforderlich.

(74) Wohngebäude sind grundsätzlich zweiseitig zu erschließen. Unabhängig von der zweiseitigen Erschließung der Wohngebäude sind längere Wohngebäude und geschlossene Bebauungen im Abstand von maximal 80 m mit öffentlichen Durchgängen zu versehen. Bei geschlossenen Bebauungen sind diese Durchgänge so auszubilden, daß Durchfahrten für Wirtschaftsfahrzeuge möglich sind.

(75) Für eine effektive Nutzung des Baulandes (s. Abschn. 2.), eine rationelle stadttechnische Erschließung (s. Abschn. 9.) und eine gute städtebaulich-räumliche und städtebauhygienische Qualität (s. Abschn. 11.) sind Ecklösungen, Verbindungsglieder und Bauglieder, die Richtungsänderungen der Gebäude ermöglichen, einzusetzen.

Zur Anpassung an topographische Gegebenheiten sind Höhen- und Längsversätze erforderlich.

(76) Wenn es die städtebaulich-funktionelle Situation erfordert, sind Wohngebäude mit Unterlagerungen für gesellschaftliche Einrichtungen auszustatten (s. Abschn. 5.). Dafür sind gegebenenfalls Geschosshöhen auch von mehr als 2800 mm vorzusehen.

(77) Für eine rationelle stadttechnische Erschließung sind die Anordnung von Leitungsgängen oder die Gewährleistung von Voraussetzungen für die Freiverlegung stadttechnischer Leitungen in den Kellergeschossen, die Anordnung von Ein- und Austrittsöffnungen in den Kellergeschossen für verschiedene Einspeisevarianten der stadttechnischen Medien und Möglichkeiten der Einordnung technischer Stationen (vorwiegend in den Kellergeschossen) unbedingt erforderlich.

(78) Wohngebäude sind so zu konzipieren und zu projektieren, daß ihre architektonische Gestaltung den unterschiedlichen Standortbedingungen und städtebaulich-räumlichen Gestaltungsabsichten gerecht wird. Dafür sind Gestaltungsvarianten für Sockel- und Erdgeschosse, für Hauseingänge, Loggien, Balkone, Wohnterrassen, Erker und das Hauptgesims, variable Dachformen und Möglichkeiten der Dachgeschoßnutzung notwendig.

Bei Wohngebäuden auf innerstädtischen Standorten ist die Zonierung der Gebäude besonders zu beachten. Erdgeschoß, Normalgeschoß und Dachgeschoß erfordern die Anwendung spezifischer Gestaltungsmittel wie differenzierte Öffnungen und Fassadenelemente, Fenstergrößen und -formate sowie Sprossenteilungen, Loggien, Erker und Balkone, ferner Dachgaupen, geneigte Fenster, zurückgesetzte Loggien im Dachbereich u. a. und unterschiedliche Material- und Farbstrukturen einschließlich architekturbezogener bildender Kunst (Brüstungsspiegel, Fenster- und Türumrahmungen, pilasterartige Gliederungselemente, Gesimse, Fricse, Supraporten, der Fassade vorgestellte Plastiken usw.).

(79) Für den Wohnungsneubau ist bevorzugt die Großplattenbauweise einzusetzen. Eigenheime sind grundsätzlich auf der Grundlage von Angebotsprojekten zu planen.

4.5. Wohnbebauung

(80) Das Wohngebiet setzt sich in der Regel aus mehreren Wohnbereichen zusammen. Der Wohnbereich umfaßt die Wohngebäude und die in unmittelbarer Umgebung erforderlichen Flächen und Anlagen für Erholung, das Spielen der Kinder, die Hauswirtschaft, den ruhenden Verkehr und die Flächen und Anlagen für die Fußgänger sowie für die Erschließung der Wohngebäude durch den Fahrverkehr.

(81) Die Wohnqualität im Wohnbereich ist auch unter Berücksichtigung städtebauhygienischer Anforderungen (s. Abschn. 11.) durch eine entsprechende Ausstattung und Gestaltung der wohnungsnahen Freiräume einschließlich der dazugehörenden Elemente der komplexen Umweltgestaltung zu gewährleisten (s. Abschn. 7. und 8.).

(82) Die Wohnbereiche sind grundsätzlich in Erschließungsräume und in verkehrslärmfreie Räume (Grünräume) zu differenzieren, um für möglichst alle Wohnungen die Voraussetzungen für die Einhaltung der Forderungen der Städtebauhygiene bzw. der Landeskultur und des Umweltschutzes zu gewährleisten (s. Abschn. 8. und 11.). Ist eine Differenzierung der Wohnbereiche in Erschließungsräume und verkehrslärmfreie Grünräume aus zwingenden Gründen nicht möglich, so sind Bebauungs- und Erschließungsformen anzuwenden, die eine weitgehende Erfüllung der an die Wohnbebauung gestellten Anforderungen ermöglichen. Diese Forderungen gelten auch, wenn in Wohnbereiche gesellschaftliche oder gewerbliche Einrichtungen eingeordnet sind oder werden, z.B. bei den Planungsfällen 1 bis 5.

(83) Wohnbereiche sind so zu gestalten, daß sie in hohem Maße dazu beitragen können, bei ihrem Bewohnern Wohnzufriedenheit, Heimatgefühl und Identifikation mit der spezifischen Wohnumwelt auszuprägen. Insbesondere die Elemente der Freiraumgestaltung sowie die Möglichkeiten und Mittel der architekturbezogenen bildenden Kunst sind dabei, ausgehend von der Konzeption für die komplexe Gestaltung des Wohngebietes, zum Erreichen einer gestalterischen Differenziertheit, Vielfältigkeit und Unverwechselbarkeit einzusetzen.

(84) In bestehenden innerstädtischen Wohngebieten ist die quartierumschließende Bebauung aus städtebauhygienischen und ökonomischen Gründen auch zukünftig die am besten geeignete Bebauungsform. Neu einzuziehende Bebauung hat sich am Bestand zu orientieren. Alle Maßnahmen zur Erhaltung, Ergänzung und Weiterentwicklung innerstädtischer Wohngebiete sollten darauf gerichtet werden, die in diesen Gebieten vorhandenen Wohnbedingungen komplex zu verbessern und eine Wohnqualität zu schaffen, die der in nichtinnerstädtischen Wohngebieten vergleichbar ist. Dazu gehören auch die etappenweise Bereinigung der Hofbereiche in Abstimmung mit der Konzeption für Verbleib und Verlagerung vorhandener gesellschaftlicher und gewerblicher Nutzungen (s. Abschn. 5. 6.) und die teilweise Umgestaltung der Verkehrsräume (s. Abschn. 8.).

Anlage

Übersicht über die der Richtlinie zugrunde gelegten 14 Planungsfälle

| Nr. | Planungsfall/Charakteristik |
|-----|---|
| 1 | Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung sowie gegebenenfalls Auflockerung von ein- und zweigeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in geschlossener Quartierform in den historischen Stadtkernen von Kleinstädten, vorwiegende Baujahresgruppe vor 1870 |
| 2 | Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung sowie gegebenenfalls Auflockerung von zwei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in geschlossener Quartierform in den historischen Stadtkernen von Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe vor 1870 |
| 3 | Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung sowie gegebenenfalls Auflockerung von drei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in weitgehend geschlossener Quartierform in innerstädtischen Bereichen von Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1870 bis 1918 |
| 4 | Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung sowie gegebenenfalls Auflockerung von vorwiegend fünfgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in geschlossener Quartierform in den innerstädtischen Bereichen von Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1870 bis 1918 |
| 5 | Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung von zwei- bis fünfgeschossiger Einzelhausbebauung mit Mischfunktionen in offener Bebauung in Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1870 bis 1918 |
| 6 | Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung von drei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Sektionshäusern in innerstädtischen Bereichen oder Randlagen von Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1919 bis 1945 |
| 7 | Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung von ein- und zweigeschossiger Einfamilienhausbebauung in Stadtrand- und -erweiterungsgebieten, vorwiegende Baujahresgruppe 1919 bis 1945 |
| 8 | Erhaltung und Ergänzung von drei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in teilweise geschlossener Quartierform vorwiegend in den innerstädtischen Bereichen bestehender oder neuer Städte, vorwiegende Baujahresgruppe 1946 bis 1955 |
| 9 | Erhaltung und Ergänzung von vielgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in innerstädtischen Bereichen von Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1946 bis 1955 |
| 10 | Erhaltung und Ergänzung von vorwiegend drei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Sektionshäusern in offener Bebauung in Klein-, Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1956 bis 1965 |
| 11 | Erhaltung und Ergänzung von vorwiegend mehrgeschossiger Bebauung mit Sektionshäusern in Neubauwohngebieten in Randlage von Klein-, Mittel- und Großstädten bzw. in neuen Städten, Baujahresgruppe ab etwa 1966 |
| 12 | Erhaltung und Ergänzung von vorwiegend vielgeschossiger Bebauung mit Sektionshäusern in Neubauwohngebieten in Randlage einiger Großstädte, Baujahresgruppe ab etwa 1966 |
| 13 | Neubebauung von bisher nicht oder nur zum Teil erschlossenen Standorten mit vorwiegend mehrgeschossiger Bebauung in Klein-, Mittel- und Großstädten, Planungszeitraum 1986 bis 1990 |
| 14 | Erhaltung, Ergänzung und Neuplanung von Wohngebieten mit vorwiegend ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern in Klein-, Mittel- und Großstädten, Baujahresgruppe ab etwa 1966 |

Dokumente 12

Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik

Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR vom Mai 1982

(Quelle: *Neues Deutschland* vom 29. Mai 1982, S. 9f.)

Eine neue Etappe in der Generalbebauungsplanung

(Quelle: J. Schattel, *Architektur der DDR*, 1980/10, S. 584-586)

Der Übergang von der "extensiven zur intensiven" Stadtentwicklung in den 80er Jahren führt noch einmal zu einer ideologisch begründeten Kehrtwendung in offiziellen Verlautbarungen zur Städtebaupolitik in der DDR. Sie sind wiederum in "Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik" niedergelegt, die das Politbüro der SED und der Ministerrat der DDR im Mai 1982 beschließen. Die Hinwendung zum innerstädtischen Bauen bedeutet neben einer quantitativen Behandlung des Wohnungsbaus nunmehr eine Reflektion differenzierter Stadtstrukturen. So kehrt man mit den letzten Grundsätzen an den Schauplatz der "16 Grundsätze" von 1950 zurück. Daß man sich dabei inzwischen als "berechtigter Erbe" der fortschrittlichen Kulturgeschichte versteht, die jetzt das bürgerliche Kapitel der Gründerzeit mit seinen baulichen Zeugnissen und einer "geschlossenen Bebauungsstruktur" einschließt, ist u.a. im Grundsatz 4 nachzulesen. Schließlich finden sich im Grundsatz 2 sogar solche Formulierungen wie eine „Liebevollte Pflege des Stadtzentrums mit seinen Ensembles und historischen Gebäuden“.

Insgesamt verkörpern die Grundsätze von 1982 einen weiteren Schritt in Richtung SED-dominierter Städtebaupolitik der DDR. Sind die "16 Grundsätze" im Jahre 1950 noch von der DDR-Regierung vertreten und verabschiedet worden, so handelt es sich nunmehr um eine Beschlußlage des Politbüros des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR. Die Regierung wird erst an zweiter Stelle genannt. Entsprechend sind die Forderungen auch im einzelnen formuliert: Grundsatz 1 weist auf die entscheidende Rolle des Wohnungsbauprogramms der SED bei der Umformung der Städte hin. Grundsatz 2 nimmt die Forderungen nach dem sinnvollen Einsatz der volkswirtschaftlichen Mittel für Wohngebiete in der Stadt als Ganzes auf. In Grundsatz 3 wird dieses ökonomische Prinzip durch eine geeignete Standortwahl für den Wohnungsbau begründet. Die Grundsätze 4 bis 6 beziehen sich in sehr allgemeinen Zügen auf die veränderten städtebaulichen und architektonischen Leitbilder der 80er und sogar der 90er Jahre, was mit der Wiederentdeckung der Gründerzeitgebiete einhergeht, durch die Aufhebung der Funktionstrennung von Wohnen und Arbeiten thematisiert wird und schließlich in

einer Formulierung vom "harmonischen Nebeneinander von Alt und Neu" zum Ausdruck kommt. Der Grundsatz 7 fordert Projektlösungen für die anstehenden innerstädtischen Bauaufgaben und im letzten Grundsatz wird der Versuch unternommen, die Beziehungen zwischen dem staatlichen Auftraggeber, den Architekten und den Bürgern als "Bauen für das Volk" zu deklarieren.

Spätestens in den 80er Jahren wird deutlich, daß durch die Konzeption für eine extensive Stadtentwicklung in Form großer Wohngebiete die eigentliche städtebauliche Entwicklungsplanung untergeordnet geblieben ist. In der DDR setzt sich die Gesetzgebung zur räumlichen Entwicklung aus der volkswirtschaftlichen Planung (siehe Durchführungsbestimmung, Dokumente 11), fachspezifischen Anforderungen und der so bezeichneten "Generalbebauungsplanung" zusammen. Letztere aber ist zu einer Koordinierung volkswirtschaftlicher Investitionen des Bauwesens degradiert und hat keine eigenständige Steuerungsfunktion zur Stadtentwicklung. Vergleichbares kann für die sektoral organisierte "Territorialplanung" als praktizierte Form von Raumplanung in der DDR konstatiert werden.

Lediglich die DDR-Fachöffentlichkeit kritisiert in äußerst vorsichtigen Tönen diese einseitige Ausrichtung des Planungssystems auf den Wohnungsbau. Dabei wird ein Planungsschritt zwischen Generalbebauungsplanung und verbindlicher Bebauungskonzeption im Sinne einer vertieften Standortuntersuchung gefordert. Neben der Beurteilung von Durchführungschancen des Wohnungsbaus oder der "komplexen Rekonstruktion" (heute versteht man darunter: Sanierung) sollen auch die Eigentumsverhältnisse in den avisierten Gebieten und die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer sowie die Betroffenheit der Mieter geklärt werden. Für beide Aspekte gibt es in der DDR-Städtebaupolitik bis an ihr Ende weder ein geeignetes Instrumentarium oder eine entsprechende Rechtsgrundlage, noch politische Akzeptanz und adäquate Planungsverfahren. Diese fordern die betroffenen Mieter und Nutzer sowie die ursprünglichen, rechtmäßigen oder neuen Eigentümer mit der "Wende" und dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz der BRD nach Artikel 23 auf ganz anderem Wege ein.

Der Sozialismus hat der Entwicklung von Städtebau und Architektur erstmalig die historische Perspektive eröffnet, uneingeschränkt durch antagonistische Klasseninteressen dem Wohle der Menschen zu dienen. Dieses zutiefst humanistische Anliegen wird in der Deutschen Demokratischen Republik, dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden, zunehmend verwirklicht. Es ist fest eingeordnet in das programmatische Ziel, unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und im vertrauensvollen Bündnis mit allen Klassen und Schichten des Volkes die entwickelte sozialistische Gesellschaft erfolgreich zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen.

In diesem Sinne geben die wegweisenden Beschlüsse des X. Parteitages der SED dem Bauen und damit dem Architekturschaffen in unserem Lande erneut eine klare und begeisternde Orientierung. Sie beruht auf der Gewißheit, daß unser sozialistischer Staat im unverbrüchlichen Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft alles tut, den Frieden als wichtigste Lebensfrage unserer Zeit zu sichern. Das städtebaulich-architektonische Schaffen in den 80er Jahren wird zugleich von dem Erfordernis geprägt, den bewährten Kurs der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auch unter den veränderten äußeren Bedingungen auf der Grundlage der beschlossenen ökonomischen Strategie konsequent fortzuführen.

Diese auf das Wohl des Volkes und die glückliche Zukunft der Menschen gerichtete Politik verleiht der schöpferischen Arbeit der Architekten und Städteplaner sowie aller am Bauen Beteiligten kraftvolle Impulse. Mit ihren Leistungen tragen sie wesentlich zur Herausbildung der sozialistischen Lebensweise, zur immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen sowie zur Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes bei.

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse vollzog sich insbesondere seit dem VIII. Parteitag der SED in unserem Land ein weithin sichtbarer Aufschwung der Bautätigkeit, der zur bisher erfolgreichsten Periode des städtebaulich-architektonischen Schaffens führte. Vor allem die Verwirklichung des langfristigen Wohnungsbauprogramms, des Kernstücks unserer Sozialpolitik, hat das Bild unserer Städte und Gemeinden bereichert und die sozialistische Lebensweise ihrer Bewohner gefördert. Das zeigt sich besonders eindrucksvoll an der Gestaltung der Hauptstadt unseres sozialistischen Landes, Berlin.

Auch künftig wird die Entwicklung von Städtebau und Architektur in unserer Gesellschaft in erster Linie von sozialen Zielstellungen bestimmt. Das schließt unbedingt ein, bei jeder geplanten Bauaufgabe das günstigste Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu erreichen. Dabei ist eine solide städtebaulich-architektonische Gestaltung unerlässlich, die durch emotionale Wirkung bei den Bürgern unserer Republik

Lebensfreude, Schönheitsempfinden, gesellschaftliche Aktivität und Leistungsbereitschaft fördert und deren Verbundenheit zur sozialistischen Heimat vertieft hilft. So gesehen sind Städtebau und Architektur fester Bestandteil unserer aufblühenden sozialistischen Nationalkultur. Indem in unserem Architekturschaffen immer überzeugender die Vorzüge des Sozialismus zum Ausdruck kommen, gewinnt es auch in der internationalen Klassenausensetzung zunehmend an Gewicht.

So wie bei den erreichten Fortschritten wird sich auch künftig die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Partei der Arbeiterklasse mit den Architekten und Städteplanern bewähren, um ihr politisches Engagement, Schöpferum und fachliches Können für die zu lösenden Bauaufgaben weiter auszubilden. Von großem Gewicht ist in diesem Zusammenhang das Wirken des Bundes der Architekten und die tatkräftige Unterstützung des Architekturschaffens durch die Volksvertretungen und ihre staatlichen Organe.

Die Praxis beweist eindeutig, daß es dem Streben um effektivstes Bauen mit solider städtebaulich-architektonischer Qualität ebenso wie weiteren Fortschritten bei der Industrialisierung des Bauens entscheidend voranhilft, wenn

dafür die Vorteile unmittelbarer Verbindung von Forschung, Projektierung und Produktion in den Baukombinaten durch verständnisvolle und qualifizierte Leitung immer wirksamer genutzt werden. Das schließt ein, beginnend bei der Auftragserteilung, für eine gut organisierte sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Städteplanern, Architekten, bildenden Künstlern, Landschafts- und Farbgestaltern zu sorgen, in der baukünstlerische Meisterschaft gedeiht.

Die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur ist in unserer Gesellschaft das Ergebnis der Arbeit eines großen Kollektivs. Jeder hat dabei seinen Platz, seine spezielle Aufgabe und Verantwortung: der gesellschaftliche Auftraggeber, die Stadtplaner und die Architekten, die Bauerschaffenden auf den Baustellen und in den Vorfertigungswerken ebenso wie die Werktätigen in der Zulieferindustrie. Sie alle sind aufgerufen, mit ihrem ganzen Wissen und Können zu einer guten architektonischen Qualität des Gebauten beizutragen.

Alles in allem gilt es, städtebaulich-architektonische Leistungen zu vollbringen, die von der Überlegenheit des Sozialismus zeugen, den Menschen zum Nutzen und zur Freude und ihren Schöpfern zur Ehre gereichen. Dazu sollen folgende Grundsätze dienen:

1. Die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur wird vor allem von der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms geprägt

Das Bauen in unserer Republik beeinflusst wesentlich das materielle und geistig-kulturelle Lebensniveau des Volkes und wirkt weit in die kommunistische Zukunft. Das gilt im besonderen Maße für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms, mit dem ein grundlegendes Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen, in unserer Republik bis 1990 Schritt um Schritt verwirklicht wird.

Das Wohnungsbauprogramm steht im engen Zusammenhang

mit solchen tiefgreifenden sozialen Prozessen wie der schrittweisen Annäherung der Klassen und Schichten und entspricht damit grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Mit der Schaffung guter Wohnbedingungen für alle und der Ausstattung der Wohngebiete mit Gemeinschaftseinrichtungen werden wesentliche Voraussetzungen für ein glückliches Familienleben, für die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben, für die Bil-

dung und Erziehung der Jugend und für die Betreuung älterer und behinderter Bürger geschaffen.

Das Wohnungsbauprogramm gibt der Entwicklung der Städte und Gemeinden eine stabile und langfristige Grundlage. Seine Durchführung nimmt in den achtziger Jahren qualitativ neue Züge an. Immer mehr tritt die intensive Entwicklung der Städte, verbunden mit der effektivsten Nutzung und Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz, in den Vordergrund. Damit erhöht sich die Bautätigkeit in den innerstädtischen Bereichen. Der Anteil von Rekonstruktions- und Modernisierungsarbeiten nimmt zu. Gleichzeitig wird sich der Wohnungsneubau in den Kreisstädten sowie in mittleren und kleinen Städten verstärken und das Bestreben zur Verbesserung der Wohnbedingungen in den Dörfern weiter zielstrebig entwickeln.

Überall geht es darum, die Möglichkeiten voll auszuschöpfen, die sich aus der Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz für eine hohe soziale Wirksamkeit des Bauens, die Senkung des Aufwandes und eine interessante, abwechslungsreiche städtebaulich-architektonische Gestaltung ergeben. Entscheidend ist und bleibt dabei, mit den geplanten Mitteln gute Wohnbedingungen für möglichst viele Bürger, insbesondere für Arbeiterfamilien, kinderreiche Familien und junge Eheleute zu schaffen. Noch konsequenter sollte

deshalb im Blickpunkt der städtebaulichen Planung und Projektierung stehen, bei strikter Einhaltung der staatlichen Aufwandsnormative die volkswirtschaftlich günstigsten Lösungen für den komplexen Wohnungsbau auszuarbeiten. Damit gilt es zugleich, Funktionsfähigkeit, baukünstlerische Qualität und gesellschaftliche Effektivität unserer Städte und Wohngebiete zielstrebig zu erhöhen.

So wirkt der Wohnungsbau aktiv darauf ein, die vom Kapitalismus hinterlassenen unbefriedigenden Wohnverhältnisse Schritt um Schritt zu überwinden und die sozialistischen Wesenszüge unserer Städte immer deutlicher auszuprägen. Besonders überzeugend soll dies auch künftig bei der weiteren Ausgestaltung der Hauptstadt Berlin als politisches, wirtschaftliches und geistig-kulturelles Zentrum der DDR zum Ausdruck kommen.

Aus dem bisher Erreichten und den künftigen Aufgaben wird klar erkennbar, daß die Durchführung unseres langfristigen Wohnungsbauprogramms es wie nie zuvor ermöglicht, unsere Städte und Gemeinden entsprechend den grundlegenden Zielen des Sozialismus weiter zu vervollkommen und zu erneuern. Damit bestehen zugleich reale gesellschaftliche Bedingungen, die Ideale progressiver Architekten und Städteplaner zu verwirklichen. Diese Chance gilt es gut zu nutzen.

2. Die Stadt planmäßig als Ganzes kulturvoll und ökonomisch zu gestalten ist ein Grundprinzip des sozialistischen Städtebaus

In der Deutschen Demokratischen Republik werden die Städte entsprechend den Erfordernissen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere auch der Standortverteilung der Produktivkräfte, planmäßig gestaltet. Dies ist ein großer Vorzug des Sozialismus, der immer besser zu nutzen ist, um die harmonische Entwicklung und enge Verflechtung aller wichtigen Funktionen der Stadt vorausschauend zu bestimmen und Schritt für Schritt entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zu verwirklichen. Dazu gehört besonders die Schaffung guter Bedingungen für das Arbeiten und Wohnen, für Bildung, Kultur und Erholung.

Ein wichtiges Anliegen sozialistischen Städtebaus ist es, dafür zu sorgen, daß die effektivste Lösung der heutigen Bauaufgaben stets mit dem Blick auf die voraussehbare Zukunft der Stadt als Ganzes erfolgt.

Der Städtebau wird in den kommenden Jahren zunehmend dadurch gekennzeichnet sein, daß mit der intensiv erweiterten Reproduktion in allen Bereichen der Volkswirtschaft wie auch der baulichen Grundfonds die Flächenausdehnung der Städte sinnvoll begrenzt wird. Das hilft wesentlich, landwirtschaftliche Nutzflächen und Erholungsgebiete zu erhalten und die geplanten Bauvorhaben immer mehr für eine

höhere soziale und gestalterische Qualität der historisch gewachsenen Zentren der Städte und anderer Bereiche wirksam zu machen.

Dabei erlangt die harmonische Verbindung der neu entstehenden Bauten mit der vorhandenen wertvollen Bausubstanz immer größere sozialökonomische und kulturpolitische Bedeutung. Der liebevollen Pflege des Stadtzentrums mit seinen Ensembles und historischen Gebäuden, mit seinen den Bürgern vertrauten Straßen und Plätzen gebührt dabei besondere Aufmerksamkeit.

Das Wohlbefinden der Einwohner, die Sicherung hygienischer Anforderungen und die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit in der Stadt hängen in entscheidendem Maße von einer gut funktionierenden Infrastruktur ab. Das setzt voraus, die Anlagen und Netze der stadtechnischen Versorgung intensiv zu nutzen, zu rekonstruieren und, wenn notwendig, schrittweise auszubauen sowie die Leistungsfähigkeit und Attraktivität der öffentlichen Nahverkehrsmittel zu erhöhen. Eine an den Erfordernissen der Intensivierung orientierte Entwicklung der Städte ist eine wichtige Voraussetzung, um Energie für Beheizung, Straßenbeleuchtung und Transport einzusparen.

Die Berücksichtigung der Spezifik der Stadt und ihrer Funktionen im Siedlungsnetz gewährleistet eine abgestimmte regionale Entwicklung. Sie trägt den vielfältigen Beziehungen zwischen der Stadt, dem Umland und der Landschaft Rechnung und soll zugleich dazu dienen, den Erfordernissen sozialistischer Landeskultur zu entsprechen.

Eine vordringliche Aufgabe für die staatliche Leitungstätigkeit besteht darin, ausgehend von der

ökonomischen Strategie für die achtziger Jahre, das Niveau der städtebaulichen Planung in Übereinstimmung mit der langfristigen Volkswirtschaftsplanung, der Territorialplanung und der Verkehrsplanung weiter zu erhöhen und auf diesem Gebiet einen ausreichenden Vorlauf zu erreichen.

Dabei bewährt sich die qualifizierte Arbeit mit Generalbebauungsplänen und Generalverkehrsplänen, angefangen in der Hauptstadt sowie in den Bezirksstädten und anderen größeren Städten. Sie sollte verstärkt darauf gerichtet werden, fundierte Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, die bei der Vorbereitung und Durchführung geplanter Baumaßnahmen zu bedeutenden volkswirtschaftlichen Effekten sowie zur Erhöhung der funktionellen und gestalterischen Qualität der Städte führen. In kleineren Städten und in Gemeinden ist in dieser Hinsicht eine vereinfachte Arbeit mit Ortsgestaltungskonzeptionen zweckmäßig.

Die Generalbebauungspläne und Generalverkehrspläne bzw. Ortsgestaltungskonzeptionen sind ein wichtiges Mittel der staatlichen Leitung, um bereits bei der Ausarbeitung der Fünfjahrpläne und der jährlichen Volkswirtschaftspläne für die darin festzulegenden Baumaßnahmen die günstigsten Lösungswege zu bestimmen.

Städtebau im Sozialismus hat vor allem dem Wohle des Volkes zu dienen. Dementsprechend besteht eine wichtige Aufgabe der Volksvertretungen und der Räte darin, ihre Rolle als gesellschaftliche Auftraggeber für die soziale, ökonomische und gestalterische Entwicklung der Städte und Gemeinden verantwortungsbewußt wahrzunehmen. Die Bezirks-, Kreis- und Stadtarchitekten sowie die Kollektive in den Büros für Städtebau haben dazu einen bedeutenden Beitrag zu leisten.

3. Die Auswahl des Baustandortes beeinflusst wesentlich das Verhältnis von Aufwand und Nutzen

Von großem Einfluß auf die volkswirtschaftliche Effektivität und soziale Wirksamkeit der Bau- und Investitionstätigkeit, aber auch auf die städtebaulich-architektonische Qualität des Gebauten ist die rechtzeitige Auswahl und Bestimmung der günstigsten Baugebiete für Wohngebiete, Produktionsanlagen

oder gesellschaftliche Einrichtungen. Alle bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen beweisen, wie wichtig es ist, daß diesem Erfordernis schon beim Angebot für die Flächennutzung in den Generalbebauungsplänen bzw. Ortsgestaltungskonzeptionen Rechnung getragen wird.

Die Nutzung von Standorten innerhalb der Stadt bietet gegenüber dem Bauen an der Peripherie oft erhebliche Vorteile. Dadurch kann in vielen Fällen auf den Bau neuer Anlagen und Netze für den städtischen Nahverkehr, für die Energieversorgung und Behelzung sowie für die Be- und Entwässerung verzichtet werden.

Zur weiteren spürbaren Verbesserung der Wohnbedingungen ist es zweifellos in den nächsten Jahren noch notwendig, durch die planmäßige Errichtung neuer Wohnkomplexe an der Peripherie der Städte einen Zuwachs des Wohnungsbestandes zu erzielen. Das betrifft insbesondere die Hauptstadt Berlin und andere Schwerpunkte unserer ökonomische Entwicklung. Damit wird zugleich eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um die Wohnungsbauaufgaben in den innerstädtischen Bereichen nach den höheren Maßstäben realisieren zu können und sich immer mehr einer intensiven Stadtentwicklung bei der Durchführung des Wohnungsbauprogramms in den achtziger Jahren zuzuwenden. Daraus erwächst für die Architekten und alle daran Beteiligten die anspruchsvolle Aufgabe, im schöpferischen Zusammenwirken die vielfältigen neuen technischen, ökonomischen und baukünstlerischen Probleme des innerstädtischen Bauens zu meistern.

Bei der Standortwahl für den weiteren Wohnungsneubau sollten verstärkt die Möglichkeiten einer Bebauung innerhalb der Stadt bzw. im unmittelbaren Anschluß an bestehende Wohngebiete er-

schlossen werden. Das trägt dazu bei, die Funktionsfähigkeit der Stadt zu verbessern und das Stadtbild zu bereichern. An Standorten, die in die gewachsene Stadtstruktur integriert sind, kommen den Einwohnern von Anfang an die im Einzugsgebiet befindlichen Gemeinschaftseinrichtungen mit zugute. Besondere Beachtung verdient bei Standortfestlegungen, daß der Zeitaufwand für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte möglichst gering gehalten wird.

Überall sollte davon ausgegangen werden, daß erschlossenes Bauland äußerst wertvoll ist. Damit sparsam und überlegt umzugehen ist ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft. Das gilt auch für die unbedingt notwendige Freihaltung von Trassen und anderen Flächen für den absehbaren künftigen Bedarf. So gesehen, sind oftmals Baulücken oder unzuweckmäßig genutzte Flächen wichtige Reserven. Die rationelle Nutzung von Bauland hilft nicht zuletzt, den laufenden Aufwand für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Anlagen und Netze der Infrastruktur so gering wie möglich zu halten.

Im Prozeß der Auswahl und Festlegung der Baustandorte sind bedeutende Effektivitätsreserven erschließbar. Dabei ist es von Nutzen, wenn die Bezirks- bzw. Kreisplankommissionen von Anfang an ein koordiniertes Zusammenwirken mit den Bauämtern, den Organen der Energie- und Wasserwirtschaft, des Post- und Fernmeldewesens sowie des Verkehrswesens gewährleisten

4. Gute Wohngebiete zeichnen sich durch eine interessante städtebaulich-architektonische Gestaltung und funktionelle Zweckmäßigkeit unter Nutzung der baulichen und landschaftlichen Gegebenheiten aus

Mit der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms entstanden und entstehen in unserer Republik viele neue Wohngebiete; bestehende werden erhalten bzw. modernisiert. Der Umfang des Wohnungsbaues und die Notwendigkeit seiner stärkeren Verbindung mit dem Vorhandenen bestimmen immer mehr die funktionelle Organisation und die

städtebaulich-räumliche Gestaltung der Wohngebiete selbst.

Die Qualität der Wohngebiete wird in erster Linie daran gemessen, wie mit den geplanten Mitteln im Sinne der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise die günstigsten Voraussetzungen für ein gutes Wohnumfeld und ein vielseitiges und interessantes gesellschaftliches Leben geschaffen werden.

Neue Wohngebiete sollten sich harmonisch in die vorhandene bzw. sich planmäßig weiterentwickelnde Struktur der Städte einfügen und sie bereichern. Ihr Erscheinungsbild wird besonders durch den Massenaufbau und die Komposition der städtebaulichen Räume und Baukörper sowie durch eine erlebnisreiche Beziehung zur vorhandenen Stadt und zur umgebenden Landschaft bestimmt. Dies trägt ebenso wie die Einbeziehung der vorhandenen Bebauung und der natürlichen Gegebenheiten dazu bei, jedem Wohngebiet sein spezifisches gestalterisches Gepräge zu geben.

Die besten Ergebnisse des städtebaulichen Schaffens in vielen Städten unserer Republik dokumentieren, daß vor allem in interessantem Wechsel von Straßen und Plätzen, von geschlossener Bebauung und Grünflächen sowie durch eine ansprechende Farbgestaltung beziehungsreiche städtebauliche Räume geschaffen werden können. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, wie die Kindereinrichtungen und -spielplätze, Schulen und Jugendklubs, die Bauten des Handels und der Gastronomie, der sozialen und medizinischen Betreuung, haben für das Zusammenleben der Menschen in ihrem Wohnbereich besondere Bedeutung. Zugleich ist ihre liebevolle Gestaltung und räumliche Zuordnung für die städtebaulich-architektonische Qualität des ganzen Wohngebietes entscheidend.

Für eine schöne, hygienische und gesundheitsfördernde Wohnumwelt erhält die Freiflächengestaltung, die gute Möglichkeiten für das gefahrlose Spiel der Kinder, für Sport und Erholung der Bewohner aller Altersschichten bietet, große und wachsende Bedeutung. Dazu sind der vorhandene Baumbestand und die Grünbepflanzung sowie die Wasserflächen und das Geländerelevier klug zu nutzen. Das betrifft ebenso die Verwendung des anfallenden Erdaushubs am Standort. Dadurch kann zugleich der Aufwand für die Erschließung und den Erdmassentransport beträchtlich gesenkt werden. Bereits bei der städtebaulichen Planung neuer Wohngebiete ist darauf zu achten, daß eine funktionsfähige Fertigstellung kompletter Wohnbereiche erfolgt, die gegenseitiges Behindern von Bauen und Wohnen weitgehend ausschließt. Ausreichender Vorlauf im Tiefbau und in der stadttechnischen Erschließung bildet dafür eine entscheidende Voraussetzung.

Mit den geplanten Mitteln möglichst viele gute Wohnungen zu schaffen, setzt voraus, durch

gründliche komplexe Vorbereitung sowie Anwendung rationaler Bauungsformen und Gebäudelösungen zur Einhaltung der staatlichen Aufwandsnormative bei Gewährleistung einer hohen städtebaulich-architektonischen Qualität der Gebäude und Ensembles beizutragen. Die vorzugsweise Anwendung der mehrgeschossigen Wohnbebauung erweist sich sowohl für das Wohlbefinden der Menschen als auch für einen geringen Bau- und Erschließungsaufwand als besonders günstig. Vielgeschossige Gebäude oder Hochhäuser sollten auch in Großstädten die Ausnahme sein. Bei der Schließung von Baulücken sowie in kleineren Städten und auf dem Lande ist bei der Festlegung der Gebäudehöhe auf die vorhandene Bebauung Rücksicht zu nehmen.

Der Bau von Eigenheimen ist und bleibt ein fester Bestandteil des komplexen Wohnungsbaues. Dabei empfiehlt es sich aus Gründen der besseren Baulandnutzung und der Material- und Energieeinsparung, aber auch im Hinblick auf eine geschlossene städtebauliche Wirkung, verstärkt auf die Errichtung von Reihenhäusern zu orientieren.

Wohngebiete kulturvoll zu gestalten schließt unbedingt ein, jenen Bereichen große Sorgfalt zu widmen, die die Menschen täglich unmittelbar erleben. Das betrifft den Gebäudeeingang, den wohnungsnahen Spielplatz der Kinder, den Sitzplatz am Hause und reicht bis zu den Fußgängerbereichen und den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. Hierfür sollten Architekten und Formgestalter zweckmäßige und formschöne Gestaltungselemente entwickeln, die industriemäßig hergestellt werden. Die Umgebung ihrer Wohngebäude, insbesondere die Grünflächen und Gärten, liebevoll auszugestalten und zu pflegen wird immer mehr zum Anliegen der Bürger. Dem ist bereits bei der Planung und Projektierung von Wohngebieten Rechnung zu tragen.

Den Bedürfnissen der Menschen entsprechende Wohngebiete zu gestalten, ist eine der geistig anspruchsvollsten Aufgaben, die Architekten gestellt werden. Deshalb bewährt es sich, Architekten mit hoher Sachkenntnis und künstlerischer Begabung als Komplexarchitekten einzusetzen, die den gesamten Gestaltungsprozeß von der städtebaulich-architektonischen Konzeption bis zur qualitätsgerechten Fertigstellung verantwortungsbewußt leiten.

5. Mit der Gestaltung der Arbeitsstätten sind wichtige Voraussetzungen für eine hohe Effektivität und Qualität der Produktion bei günstigen Arbeitsbedingungen zu schaffen

Die ökonomische Strategie für die achtziger Jahre setzt für alle Investitionsvorhaben der Volkswirtschaft und damit für die Rationalisierung und Gestaltung von Arbeitsstätten neue Maßstäbe. In den Vordergrund des Schaffens der Architekten im Industriebau treten Investitionen, die als Motor des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wirken, rasch zu höchster Effektivität und Qualität der Produktion führen und zugleich die Arbeitsbedingungen verbessern helfen. Schnelle Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Produktion, Realisierung der Vorhaben in kürzester Zeit und mit geringstem Bauaufwand, das entscheidet maßgeblich über den Nutzeffekt der Investitionen.

Deutlich zeigt sich, daß die Rekonstruktion vorhandener Industrieanlagen bzw. Erweiterungsmaßnahmen an bestehenden Standorten gegenüber Neubauten auf unerschlossenem Gelände eine wesentliche Senkung des Bauanteils an den Investitionen und einen beträchtlichen Zeitgewinn ermöglichen. Zugleich stellen modernste Technologien zur Veredlung der Rohstoffe, zur Energieerzeugung und Stoffumwandlung, zur Entwicklung der Mikroelektronik und Robotertechnik sowie die Senkung des Energieverbrauchs erhöhte Anforderungen an die Konstruktion und Gestaltung der Industriebauwerke.

Entsprechend der grundlegenden Bedeutung produktiver Tätigkeit für die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten und ihrer gesellschaftlichen Beziehungen sollten die Architekten und Stadtplaner zur Schaffung einer Arbeitsumwelt beitragen, die Leistungsbereitschaft fördern hilft. Hohe Produktivität, Ordnung und Sicherheit in den Arbeitsstätten werden in nicht geringem Maße von ihrer ergonomischen und ästhetischen Gestaltung sowie von einer funktionell zweckmäßigen baulichen Ordnung der Industrie-

anlagen entsprechend den technologischen Erfordernissen und den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation beeinflusst.

Dies alles bewirkt wesentlich mit, daß sich die Arbeitszufriedenheit der Werktätigen erhöht und deren Verbundenheit mit ihrem sozialistischen Betrieb vertieft.

Den Industriearchitekten eröffnet sich hier im engen Zusammenwirken mit den Auftraggebern, Wissenschaftlern, Technologen, Form- und Farbgestaltern ein weites Feld fruchtbringender Tätigkeit. Hohe Effektivität der Investitionen und gediegene Qualität der Industriearchitektur sollten dabei stets eine Einheit bilden.

Bedeutende ökonomische Effekte sind vor allem in den frühen Phasen der Investitionsvorbereitung durch günstige Wahl der Standorte und rationelle städtebauliche Einordnung, vorrangige Nutzung und Rekonstruktion vorhandener Bausubstanz sowie Minimierung der Kubatur und der Flächen zu erzielen. Maßstab für eine optimale Projektlösung sind dabei sowohl die Senkung des einmaligen Aufwandes als auch eine hohe Ökonomie bei der Nutzung und Erhaltung der Gebäude und Anlagen. Immer größere Aufmerksamkeit verdient die Erschließung aller Möglichkeiten des energiesparenden Bauens, die Wärmerückgewinnung und die Nutzung von Abwärme auch für die Beheizung benachbarter Gebäude.

Bei der Lösung dieser Aufgaben haben sich die Industrieplanungsgruppen der Bau- und Montagekombinate als Partner der Industrie gut bewährt. Für die äußerst nützliche Arbeit dieser Kollektive sollten verstärkt erfahrene Architekten mit besonderer Begabung für konzeptionelle Arbeiten, Studien und Variantenvergleiche gewonnen werden.

Industrie und Wissenschaft bestimmen entscheidend die Entwicklung und Gestalt der Städte, ebenso wie die sozialistische Produktionsweise auf dem Lande maßgeblich das neue Bild der Dörfer prägt. Schon bei der vorausschauenden städtebaulichen Planung sind Lösungswege aufzuzeigen, um geplante Bauvorhaben für die Industrie und Wissenschaft mit höchster volkswirtschaftlicher Effektivität zu realisieren. Das betrifft besonders die intensive Entwicklung vorhandener Arbeitsstättengebiete und die kooperative Nutzung technischer Versorgungsanlagen und Sozialeinrichtungen im Sinne der territorialen Rationalisierung bis hin zur Senkung des Aufwandes für Baustel-

leneinrichtungen. Das gilt gleichermaßen für die Erhaltung, sinnvolle Nutzung und Rekonstruktion von nichtstörenden Arbeitsstätten in den Wohngebieten, die das städtische Leben bereichern und den Werktätigen, insbesondere den dort tätigen Frauen, viele Vorteile bieten.

Insgesamt geht es darum, die Arbeitsstätten funktionell und gestalterisch immer mehr mit der Gesamtentwicklung der Stadt und des Territoriums zu verbinden. Auf diese Weise können Territorialplaner, Stadtplaner und Architekten einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der ökonomischen Leistungsfähigkeit unserer Republik und zur Entwicklung der Stadt als Ganzes leisten.

6. Hohe baukünstlerische Qualität verlangt Schöpfertum und Beherrschung der Gesetzmäßigkeiten architektonischen Gestaltens

Im Mittelpunkt des städtebaulich-architektonischen Schaffens steht die immer bessere Befriedigung der materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Menschen. Die baukünstlerisch-ästhetische Meisterung des Bauens ist damit ebenso eine objektive Notwendigkeit des gesellschaftlichen Fortschritts wie eine hohe Ökonomie.

Für die Bürger sind die Städte und Gemeinden, in denen sie leben, mehr als nur Wohnort und Arbeitsstätte. Sie bedeuten für sie die unmittelbare Heimat als Teil ihres sozialistischen Vaterlandes, dem sie sich besonders eng verbunden fühlen. Daraus erwächst für alle, die für das architektonische Antlitz unseres Landes Verantwortung tragen, die Verpflichtung, das Vorhandene sorgsam zu pflegen und zugleich hohe Anforderungen an die Qualität des Neuen zu stellen, das immer mehr die Gestalt der baulichen Umwelt prägt.

Die Städteplaner und Architekten der Deutschen Demokratischen Republik sind in ihrem Wirken dem progressiven, humanistischen Kulturerbe, den Werken der großen deutschen Baumeister, die Bedeutendes zur Weltkultur beigetragen haben, verpflichtet. Der harmonischen Verbindung des Neuen mit dem Bestehenden verdanken viele unserer Städte ihre Schönheit und

ihr individuelles, abwechslungsreiches Stadtbild. So werden die historisch entstandenen kulturellen Werte bewahrt, neue progressive Züge in der Struktur und Gestalt der Stadt herausgebildet und immer günstigere Bedingungen für die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise geschaffen.

Die Industrialisierung des Bauens mit ihren neuen Technologien und der Anwendung moderner Baustoffe ist und bleibt eine wichtige Voraussetzung dafür, die Anforderungen der Gesellschaft an das Bauwesen schneller und effektiver zu befriedigen. Zugleich eröffnete die moderne Bautechnik den Architekten neue gestalterische Möglichkeiten. Das industrielle Bauen mit seinen technologischen Bedingungen baukünstlerisch zu meistern, es ästhetisch zu bewältigen, das ist mehr denn je eine entscheidende Herausforderung an die heutige Architektengeneration und weit darüber hinaus an alle Bauschaffenden.

Unverwechselbarkeit und Ausdrucksstärke städtebaulich-architektonischer Lösungen werden in entscheidendem Maße von der Komposition und den Proportionen der städtebaulichen Räume bestimmt. Die Harmonie der einzelnen Gestaltungselemente, ihr aufeinander bezogener wirksamer Einsatz ist wesentlich. In diesem

Sinne gehört solchen Fragen, wie der Plastizität der Baukörper, der Differenzierung der Geschößanzahl, der Anwendung unterschiedlicher Materialien und der Farbgestaltung, der Beherrschung des architektonischen Details sowie der Einordnung von Werken der baubezogenen bildenden Kunst, besondere Aufmerksamkeit.

Äußere und innere Gestaltung der Gebäude stehen in enger Wechselbeziehung. Kulturvolle, solide und zweckentsprechende Innenarchitektur und Ausstattung der Räume sind für das Wohlbefinden der Menschen wesentlich. Dementsprechend sollte im Architekturschaffen diesen Fragen gebührende Beachtung gewidmet werden. Die mit dem Wohnungsbauprogramm angestrebte Erhöhung der Wohnkultur erfordert ein vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Angebot zweckmäßiger und formschöner Möbel, Tapeten, Raumtextilien und anderer Ausstattungsgegenstände, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Wohnsphäre geschmackvoll zu gestalten. Eine qualifizierte Wohnberatung kann dazu einen bedeutenden Beitrag leisten. Bei Gemeinschaftseinrichtungen und anderen gesellschaftlichen Bauten sollte stets eine ausgewogene Gestaltung und Ausstattung der Innenräume angestrebt werden, die auch im Aufwand der Funktion der Gebäude angemessen ist und die Schönheit mit Zweckdienlichkeit und Dauerbeständigkeit verbindet.

Für das sinnvolle Ausschöpfen der Vielfalt künstlerischer Mittel bei der Gestaltung von Ensembles, Bauwerken und Räumen, die auf die Menschen erlebnisreich und wohltuend wirken, verdient die rechtzeitige und ständige Förderung der Gemeinschaftsarbeit von Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsgestaltern, bildenden Künstlern sowie Farb- und Formgestaltern größte Aufmerksamkeit. Schon bei der Vorbereitung städtebaulicher Konzeptionen, bei Entwurfseminaren und Wettbewerben sollte diese Zusammenarbeit beginnen, damit die besten Ideen zum Tragen kommen. Auch in den Beiräten für Stadtgestaltung können Architekten, bildende Künstler und andere Kulturschaffende durch ihr konstruktives gemeinsames Wirken viel dazu beitragen.

Die Gesetzmäßigkeiten architektonischen Gestaltens in ihrer Wechselwirkung zum gesellschaftlichen Fortschritt herauszuarbeiten ist ein vorrangiges Anliegen der sozialistischen Architekturtheorie. Die Vermittlung fundierter Erkenntnisse, die Analyse des Architekturschaffens der Gegenwart und die Aneignung des baukünstlerischen Erbes vom Standpunkt des historischen Materialismus erlangt für die Aus- und Weiterbildung der Stadtplaner und Architekten hinsichtlich ihres wissenschaftlich fundierten Herangehens an die zu lösenden praktischen Aufgaben zunehmende Bedeutung.

7. Die Entwicklung effektiver Gebäude-lösungen und Konstruktionen sowie rationeller Bauverfahren bestimmt in hohem Maße die Qualität von Städtebau und Architektur

Eine entscheidende Aufgabe der achtziger Jahre besteht darin, die architektonische und funktionelle Qualität der Projektlösungen zu erhöhen, das Erzeugnisangebot des Bauwesens entsprechend den sich verändernden Bauaufgaben

und Standortbedingungen zu erweitern und zugleich bei der Erhaltung und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz wesentlich größere Fortschritte zu erzielen. Diese Entwicklung ist insbesondere auch im Hinblick

auf die strikte Einhaltung der staatlichen Aufwandsnormative eng mit der Rationalisierung der Bauprozesse sowie der Verwirklichung einer hohen Material- und Energieökonomie zu verbinden. Im Rahmen der effektivsten Gestaltung ihres Reproduktionsprozesses tragen die Baukombinate von der Forschung, Entwicklung und Projektierung bis zur qualitätsgerechten Fertigstellung ihrer Erzeugnisse dafür eine große Verantwortung.

Immer bestätigt sich: Gute Architektur, eine hohe Qualität des Gebauten ist nur dort erreichbar, wo sich dafür das ganze Kollektiv eines Kombinates, beginnend bei den Leitern, engagiert und aufgeschlossen diesen Aufgaben stellt.

Der beschrittene Weg, die vorhandene leistungsfähige Produktionsbasis für das industrielle Bauen noch effektiver zur Realisierung der geplanten Bauaufgaben zu nutzen, sollte zielstrebig fortgesetzt werden. Dazu ist unerlässlich, die Großplattenbauweise weiter zu vervollkommen, um neu entstehenden Belangen für ihre Anwendung, besonders im innerstädtischen Bauen, zu entsprechen. Zugleich sind als zweckmäßige Ergänzung andere rationelle Bauverfahren zu entwickeln und einzuführen. Dabei erhält die Anwendung energie wirtschaftlich günstiger Lösungen für die Gebäudehülle, bei der Gestaltung der Baukörper sowie bei den technischen Gebäudeausrüstungen immer größeren gesellschaftlichen Wert. Es geht auch darum, schon bei der Entwicklung der Erzeugnisse neben dem einmaligen Aufwand weitaus stärker die laufenden Kosten für Nutzung und Erhaltung in Betracht zu ziehen.

Besondere Aufmerksamkeit gebührt variablen Projektlösungen, die auf der Basis eines einheitlichen Grundsortiments und von Ergänzungselementen bei Anwendung der Segmentprojektierung vielfältigen Anforderungen an die Funktion, Zweckmäßigkeit und Gestalt der Gebäude Rechnung tragen. Das betrifft vor allem die rationelle Baulandnutzung, die effektive Bebauung innerstädtischer Gebiete, auf kleinen Standorten, speziell als Einfügung zwischen vorhandenen Gebäuden oder auf hängigem Gelände sowie die Nutzung der Erdgeschosse von Wohnbauten für Gemeinschaftseinrichtungen.

Zu vereinheitlichen ist, was bei der Massenfertigung von Elementen Effektivität erbringt. Variabel sollte die Gestaltung der Gebäude sein.

Die Erarbeitung guter Grundrißlösungen beeinflusst wesentlich die Wohnqualität. Dabei sollte die Wohnqualität eine besseren Anpassungsfähigkeit an künftige Erfordernisse sowie der Schaffung spezifischer Wohnformen für ältere Bürger und Behinderte verstärkte Beachtung beigemessen werden.

Für das Wohlbefinden der Bürger wie für die Pflege des Stadtbildes und nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen ist von größter Bedeutung, die Erhaltung und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz als eine dem Neubau gleichrangige Aufgabe zu behandeln. In erster Linie geht es darum, die Dächer und das Äußere der Gebäude instand zu halten, die Funktionsfähigkeit der Heizung zu sichern, den Schutz gegen Feuchtigkeit zu gewährleisten sowie die sanitärtechnische und elektrotechnische Ausstattung der Wohnungen zu verbessern. In dieser Hinsicht sind besonders bei den mehrgeschossigen städtischen Wohngebäuden durch Anwendung moderner Technologien größere Fortschritte zu erreichen. Als sehr nützlich erweist sich dabei ein sorgfältiges Herangehen an die Instandsetzung von Fassaden, die das vertraute Erscheinungsbild der Straßen und Plätze erhalten und aufwerten.

Das schöpferische und verantwortungsbewußte Wirken der Städteplaner und Architekten unserer Republik ist unerlässlich, um eine den Bedürfnissen der Menschen im Sozialismus entsprechende ausdrucksvolle bauliche Umwelt zu gestalten. Doch dazu gehört unbedingt eine hohe Qualität des Gebauten im umfassenden Sinne, beginnend bei der städtebaulichen Planung, der Projektierung und Konstruktion über die solide Bauausführung und den zweckmäßigsten Einsatz des Materials nach den anerkannten Regeln der Baukunst bis hin zur sorgsamsten Pflege und Erhaltung der entstandenen baulichen Werte. Insofern kann auch die künftige sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in unserem Lande nur das gemeinsame Werk der Bauschaffenden und aller am Bauen Beteiligten sein.

8. Die Architekten der DDR stellen sich verantwortungsbewußt den Anforderungen und Aufgaben der 80er Jahre

Die Städteplaner und Architekten der DDR sind bestrebt, für die effektivste Lösung der vom X. Parteitag der SED gestellten Bauaufgaben ihren erforderlichen größeren Beitrag zu leisten. Die gesellschaftliche Wertschätzung ihrer Arbeit und das Vertrauen, das ihnen von der Partei der Arbeiterklasse entgegengebracht wird, spornt ihren Tatendrang an. Dabei vertieft sich die Erkenntnis, daß sie zur effektivsten Verwendung eines beträchtlichen Teils des Nationalinkommens und damit zur erfolgreichen Weiterführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik eine große Verantwortung wahrzunehmen haben.

Unsere Zeit braucht Architekten, die im Leben unserer sozialistischen Gesellschaft tief verwurzelt sind und die sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für den gesellschaftlichen Fortschritt engagieren. In diesem Sinne als Architekt erfolgreich zu wirken, verlangt ein hohes Bildungsniveau, Schöpfergeist und künstlerische Meisterschaft. Das sollte vereint sein in der Fähigkeit, die vielfältigen sozialen, funktionalen, ökonomischen und ästhetischen Anforderungen der Gesellschaft an die neu entstehenden wie auch die zu modernisierenden Gebäude und Ensembles zu erfassen und zu einer bestmöglichen architektonischen Lösung zu führen. So erwächst Autorität und Achtung des Architekten aus seiner Leistung und Wahrnehmung seiner Verantwortung.

Zur erfolgreichen Arbeit in den Planungs- und Projektierungskollektiven gehört, eine schöpferische Atmosphäre auszuprägen, die vom Streben nach dem günstigsten Verhältnis von Aufwand und Ergebnis bei jeder zu lösenden Bauaufgabe, vom Überwinden entstehender Schwierigkeiten, von kameradschaftlicher Zusammenarbeit und Vertrauen gekennzeichnet ist. Darauf sollten unter Führung der Parteiorganisationen die Anstrengungen der Leiter in den Baukombinaten, in

den Büros für Stadtplanung und allen Projektierungseinrichtungen gemeinsam mit den Bezirks- und Betriebsgruppen des sozialistischen Architektenverbandes im besonderen Maße gerichtet sein.

Ein Grundanliegen des Bundes der Architekten besteht darin, den schöpferischen Schaffensprozeß der Architekten durch Wettbewerbe, Entwurfsseminare, Studien und Variantenvergleiche zu fördern sowie eine konstruktive Architekturkritik und den fachlichen Meinungsaustausch weiterzuentwickeln. Stets sollte dabei im Blickpunkt stehen, daß sich verstärkt befähigte Architekten als Persönlichkeiten profilieren, die als Leiter von Kollektiven überzeugende Leistungen in Städtebau und Architektur hervorbringen. In diesem Zusammenhang lohnt es sich mehr denn je, die besten Arbeitsergebnisse zu propagieren, die fortgeschrittenen Erfahrungen erfolgreicher Projektierungskollektive zu verallgemeinern und das Niveau der Weiterbildung der Architekten zu erhöhen. All diese auf eine hohe Qualität des Architekturschaffens gerichteten Bestrebungen sollte die Zeitschrift „Architektur der DDR“ noch wirkungsvoller unterstützen.

Die Bauakademie der DDR als wissenschaftliches Zentrum des Bauwesens trägt eine hohe Verantwortung dafür, durch fundierte theoretische Grundlagenarbeit und praxisbezogene Forschungsergebnisse, durch Beratung bedeutender Projekte sowie durch unmittelbare Mitarbeit an wichtigen städtebaulichen Beispielplanungen der Entwicklung von Städtebau und Architektur eine wissenschaftlich fundierte Orientierung zu geben. Dafür sind die fortgeschrittensten Erkenntnisse, insbesondere aus der Forschungskooperation mit den Partnerinstituten der Sowjetunion, nutzbringend anzuwenden und zu vermitteln.

Erfolgreiches Voranschreiten im Architekturschaffen ist untrennbar mit einer soliden Ausbildung der Studenten auf diesem Gebiet und einer zielstrebigten Förderung der jungen Architekten in der Praxis verbunden. Größte Sorgfalt verdient deshalb, ihnen die für den Architektenberuf unerläßlichen umfassenden Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, ihr Können durch systematisches Heranführen an verantwortungsvolle Aufgaben herauszufordern und sie zu aktiven Kämpfern für die Sache des Sozialismus zu erziehen. Der Lösung dieser anspruchsvollen Aufgabe sollte auch künftig das verantwortungsbewußte Wirken der Hochschullehrer und erfahrenen, praktisch tätigen Architekten als ein ehrenhaftes Anliegen gewidmet sein. Dem dient nicht zuletzt, die bewährte Durchführung von Wettbewerben für Studenten und junge Architekten sowie Zusammenarbeit von Hochschul- und Betriebsgruppen der Freien Deutschen Jugend und des Architektenbundes noch wirksamer zu entwickeln.

Für das Volk zu bauen schließt ein, die lebendigen Beziehungen zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber, Architekten und Bürgern immer enger zu gestalten. Es entspricht dem Wesen der

sozialistischen Demokratie, die Bevölkerung über städtebauliche Wettbewerbe, Pläne und Vorhaben zu informieren, ihre Vorschläge und Kritiken zum Erreichen hoher Effektivität und Qualität des Bauens sorgfältig auszuwerten und zu beachten. Dabei sollten die Architekten die Beratung der Projekte mit den Bürgern in den Kommissionen und Arbeitsgruppen der Volksvertretungen sowie den Ausschüssen der Nationalen Front initiativreich unterstützen. Das trägt dazu bei, daß die Bürger die Entwicklung von Städtebau und Architektur mit wachsendem Interesse verfolgen und zugleich wertvolle Anregungen erhalten, sich tatkräftig im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ an der Mitgestaltung, Pflege und Erhaltung ihrer Wohngebiete zu beteiligen.

Das Bauen in unserem Lande geht alle an. Wo das Volk als Bauherr seine Zukunft gestaltet, haben auch Architektur und Städtebau eine klare weitreichende Perspektive. Im Sinne der Beschlüsse des X. Parteitages der SED, alles zu tun zum Wohle des Volkes und zur Sicherung des Friedens, wird auch künftig die Arbeit der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik bestimmen.

Eine neue Etappe in der Generalbebauungsplanung

Zur Diskussion über den Entwurf der Leitlinie

Prof. Dr. Johannes Schottel
Institut für Städtebau und Architektur
der Bauakademie der DDR

Die kontinuierliche Entwicklung unserer Städte, insbesondere im Zusammenhang mit der weiteren Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms, erfordert – wie auch in dem der 7. Baukonferenz vorgelegten Entwurf von Leitlinien für die Entwicklung von Städtebau und Architektur zum Ausdruck kommt – die zielgerichtete Weiterführung der langfristigen städtebaulichen Planung – der Generalbebauungsplanung. Dabei geht es um eine dem Entwicklungsstand und den Entwicklungsbedingungen gerecht werdende inhaltliche Präzisierung und teilweise Neubearbeitung der bestehenden Generalbebauungspläne und nicht um ihre mehr oder weniger routinemäßige Aktualisierung.

Bei der Weiterführung der Generalbebauungsplanung erlangen folgende Aspekte besondere Bedeutung.

- Wir treten in eine neue Etappe der städtebaulichen Entwicklung ein. Es ist vorzusehen, daß in der ersten Hälfte der 80er Jahre in den meisten Städten der DDR ein entscheidendes Ziel des Wohnungsbauprogramms erfüllt wird, daß also dann jedem Haushalt eine Wohnung zur Verfügung stehen wird. Damit werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, die die Planung und Durchführung eines von der vorhandenen Bausubstanz abgeleiteten städtebaulichen Reproduktionsprozesses gestatten und erfordern. Unter Berücksichtigung dieser heranreifenden Situation und den Bedingungen einer relativ stabilen Siedlungsstruktur und einer konstanten Einwohnerzahl in der DDR gilt es, den Übergang von der zur Zeit vorwiegend extensiven baulichen Entwicklung der Städte zu einer intensiven erweiterten Reproduktion der Städte und ihrer baulichen Grundfonds planmäßig vorzubereiten.

Damit werden auch neue Anforderungen an die städtebaulich-architektonische Gestaltung gestellt. Insbesondere kommt es darauf an, die städtebaukünstlerische Einheit des sich entwickelnden Neuen und des zu erhaltenden Vorhandenen immer auf neue zu meistern.

- Die qualitativ neuen Aufgaben in der städtebaulichen Entwicklung erfordern auch eine gegenüber den 70er Jahren neue und höhere Qualität in der Generalbebauungsplanung. Es sind tiefere Untersuchungen und die Herausarbeitung der effektivsten Lösung auf der Grundlage von Varianten erforderlich, um die Generalbebauungspläne zu einem echten Mittel der Entscheidungsvorbereitung und -findung zu entwickeln und somit ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Das, was für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft insgesamt zutrifft, gilt auch hier – die Senkung der Kosten muß überall als ein Hauptfaktor der Erhöhung unseres Nationaleinkommens verstanden werden.

des Wohnungsbauprogramms, sondern das schließt in seiner Verwirklichung große soziale Wirksamkeit und hohe städtebauliche Qualität ein.

- Der den heutigen Generalbebauungsplänen zugrunde liegende, bis 1990 reichende Zeithorizont muß zur Gewährleistung des weiteren planerischen Vorlaufs in Richtung auf das Jahr 2000 ausgeweitet werden. Das hat zur Folge, daß die Ziele der Generalbebauungsplanung für diesen neuen Zeitraum sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht neu abgesteckt werden müssen. Bei der Weiterführung der Generalbebauungsplanung wird also von einer weitergehenden Zielstellung auszugehen sein, die mehr als eine einfache Aktualisierung und Anpassung der Planung erfordert.

Es werden im folgenden deshalb vorrangig Aufgaben und Probleme der Generalbebauungsplanung aufgezeigt, die gegenüber der Generalbebauungsplanung der 70er Jahre zusätzlich oder vertiefend einer Lösung bedürfen und ein koordiniertes Handeln aller Beteiligten erfordern.

Zur Einheit städtebaulicher Ziele und volkswirtschaftlicher Möglichkeiten in der Generalbebauungsplanung

Eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung der Wirksamkeit der Generalbebauungsplanung ist das Herstellen der Übereinstimmung von volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und städtebaulichen Zielen im Planungsprozeß. Das trifft insbesondere auf die weitere Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms entsprechend der Orientierung der 7. Baukonferenz zu. Mit dieser Übereinstimmung wird entscheidend zur Stabilisierung der langfristigen Standortkonzeptionen für den komplexen Wohnungsbau beigetragen. Von der Stabilisierung der langfristigen Standortkonzeptionen für den komplexen Wohnungsbau hängt in entscheidendem Maße der erforderliche Vorlauf für die Planung und Entwicklung der technischen Infrastruktur zur Primärschließung, der Standorte ab.

Die Stabilisierung der langfristigen Standortkonzeptionen für den komplexen Wohnungsbau ist aber auch eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung des gesellschaftlich notwendigen, territorial differenzierten Baubedarfs und damit zugleich eine wichtige Voraussetzung für eine bedarfsgerechte langfristige Planung der Bauaufkommen- und Erzeugnisentwicklung.

Schließlich ist die Stabilisierung der langfristigen Standortkonzeptionen für die zielgerichtete Vorbereitung der Planung zur Erhaltung und Umgestaltung innerstädtischer Altbaugebiete unerlässlich.

Der zurückliegende Planungsprozeß hat

1981 bis 1985 beigetragen. Wesentliches Kennzeichen dieses Prozesses war die schrittweise Annäherung von städtebaulichen Zielen und volkswirtschaftlichen Möglichkeiten. Dabei spiegelten sich die städtebaulichen Ziele in den Standortkonzeptionen für den komplexen Wohnungsbau wider; die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten drückten sich in Planungsvorgaben aus.

Rückblickend werden folgende Etappen des Planungsprozesses sichtbar:

- Bereitstellung von Vorgaben zur Planung und Entwicklung der Städte
- stadtplanerische Umsetzung dieser Vorgaben auf örtlicher Ebene
- zentrale Auswertung und Aufbereitung der so gewonnenen Planungsergebnisse
- Überprüfung der Realisierungsbedingungen dieser Planungsergebnisse unter dem Aspekt der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und
- erneute Bereitstellung präzisierter Vorgaben zur Planung und Entwicklung der Städte, stadtplanerische Umsetzung dieser Vorgaben und zielgerichtete Investitionsvorbereitung.

In den ersten Vorstellungen der örtlichen Organe zu den Standortkonzeptionen für den komplexen Wohnungsbau wurde gegenüber den volkswirtschaftlichen Orientierungen von 135 Städten insgesamt ein Mehraufwand von 8 Milliarden Mark ausgewiesen. In diesen Städten waren im Zeitraum 1976 bis 1990 mehr als 465 000 Wohnungen zum Abriß vorgesehen. Allein in den 23 Schwerpunktstädten der DDR hatten 40 Prozent der standörtlich nachgewiesenen und für den Abriß vorgesehenen Wohnungen die Bauzustandsstufen 1 und 2. Außer Wohnungen wurde in 135 Städten der Abriß von insgesamt 4,2 Mio m² Bruttofläche von Arbeitsstätten konzipiert.

Diese Zahlen machen hinreichend deutlich, daß hier bestimmte städtebauliche Vorstellungen entwickelt wurden, die nicht im Einklang mit den gesellschaftlichen Erfordernissen standen und unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten einer Korrektur bedurften. In diesem Zusammenhang sind auch die Mitte vergangenen Jahres gefaßten Beschlüsse zu sehen, die insbesondere orientieren auf:

- die Einhaltung und Unterbietung der Aufwandsnormative im komplexen Wohnungsbau
- die rationelle Baulandnutzung und Senkung des Tiefbauaufwandes
- einen minimalen Abriß und die maximale Erhaltung und Nutzung der Bausubstanz.

Für die Neubearbeitung der Generalbebauungsplanung, insbesondere zur Vorbereitung des Fünfjahrplanzeitraumes 1986 bis 1990, gilt es, die im zurückliegenden Planungsprozeß gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse zum planmäßigen Herstellen der Übereinstimmung von städte-

6. Anhang

Literatur

- Bauakademie der DDR (Hg.): Architektur in der DDR. Schriften des Instituts für Städtebau und Architektur. Ost-Berlin 1980
- Bauakademie der DDR, Bund der Architekten der DDR (Hg.): Bauforschung und Baupraxis. Beiträge zu Städtebau und Architektur 175. Edmund Collein. Berlin 1986
- Bauakademie der DDR, Bund der Architekten der DDR (Hg.): Bauforschung und Baupraxis 255. Städtebau und Architektur in der DDR. Historische Übersicht. 2 Teile. Berlin 1988
- Bauakademie der DDR. Institut für Städtebau und Architektur: Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten. Bauinformation DDR. Berlin, 1976
- Bauakademie der DDR. Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau. Arbeitsmaterial. Zielstellungen und Aufgaben für die Entwicklung des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus in den 90er Jahren. Berlin 1987
- Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Institut für Städtebau und Architektur. Mucke, H; Weigel, W. (Hg.): Bewertung der Wohnbausubstanz typischer Bebauungsstrukturen. Berlin 1975
- Bauhaus Dessau: Entwurfseminar Differenzierte Wohnformen. 22.-26. Februar 1988. Am Beispiel von Magdeburg-Stadtfeld entwickelte Wohnformen
- Berger, H.: Magdeburg: Klassenkampf der Dominanten. In: Beyme, K. von (Hg.): Neue Städte aus Ruinen. München 1992, S. 299-312
- Beutel, M.; Weigel, W.: Zur Generalbebauungsplanung der Städte. Aus dem Referat für die 4. Bundesvorstandssitzung des BdA in Karl-Marx-Stadt. Architektur der DDR 1989/1, S. 8-14
- Beyme, K. von: Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit. München 1992
- Bezirksbauamt Magdeburg (Hg.): Information Eigenheimbau 73. Bezirk Magdeburg. Magdeburg o.J.
- Boeddinghaus, G. (Hg.): Gesellschaft durch Dichte: Kritische Initiativen zu einem neuen Leitbild für Planung und Städtebau 1963/1964. Braunschweig, Wiesbaden 1995
- Bollerey, F.; Fehl, G; Hartmann, K.: Im Grünen wohnen - im Blauen planen: Ein Lesebuch zur Gartenstadt. Hamburg 1990
- Brüning, H.: Struktur- und Funktionswandel der Stadt Magdeburg. Raumforschung und Raumordnung, 1958, 16. Jg, Heft 2, S. 83-92
- Bund der Architekten der DDR/Bauakademie der DDR (Hg.): Leitlinien für die Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR in den 80er Jahren. Architektur der DDR 9/1980. S. 518-525
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) (Hg.): Wohnbauten in Fertigteilbauweise in den neuen Bundesländern - Bauformen und Konstruktionsmerkmale. Bonn 1992
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) (Hg.): Großsiedlungsbericht. Bonn 1994
- Cammradt, H.: Zehngeschossiger Wohnungsbau 'P' Magdeburg. Deutsche Architektur 1971/10, S. 624-628
- Chruschtschow, N.: Besser, billiger und schneller Bauen. Rede auf der Unionskonferenz der Baufachleute der UdSSR. Berlin (Ost) 1955,
- Collein, E.: Erinnerungen an Walter Gropius und das Bauhaus. Architektur der DDR 4/1983. S. 195-198
- Collein, E.: Städtebauliche Probleme beim Neuaufbau Magdeburgs. Deutsche Architektur 1954/4, S. 154-161
- Conrads, U.; Neitzke, P. (Hg.): Gesellschaft durch Dichte. Kritische Initiativen zu einem neuen Leitbild für Planung und Städtebau 1963/1964. In Erinnerung gebracht von Gerhard Boeddinghaus. Braunschweig, Wiesbaden 1995
- Cramer, C.: Aufbauplan für die zerstörte Altstadt Magdeburg. Die drei preisgekrönten Arbeiten zum Magdeburger Wettbewerb. Der Bauhelfer 2/1947. S. 1-8
- Dalchau, G.: Wohnkomplex Magdeburg Spielhagenstraße. Deutsche Architektur 1960/9, S. 484-487
- Deutsche Bauakademie (Hg.): Die Läden in der Karl-Marx-Straße. Deutsche Architektur 1967/9, S. 521-549
- Deutsche Bauakademie (Hg.): Elbufergestaltung Magdeburg und Auswertung der Ergebnisse des Wettbewerbs (Elbufergestaltung Magdeburg). Deutsche Architektur 1968/1, S. 22-28
- Deutsche Bauakademie (Hg.): Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Deutsche Architektur 1965/1, S. 4-8
- Deutsche Bauakademie (Hg.): Stadtentwicklung und Stadtgestaltung. Interview mit dem Oberbürgermeister von Magdeburg, Werner Herzig. Architektur der DDR 1983/10, S. 581-584
- Deutsche Bauakademie (Hg.): Wettbewerb für die Gestaltung des Zentralen Platzes in Magdeburg. Deutsche Architektur 1961/4, S. 209-218
- Deutsche Bauakademie (Hg.): Zweizügige polytechnische Oberschule Magdeburg, Wiener Str.. Deutsche Architektur 1972/3, S. 156-159
- Deutsche Bauakademie. Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung (Hg.): Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren. Deutsche Architektur, Sonderbeilage 8/1960
- Deutsche Bauzyklopädie: Der sozialistische Wohnkomplex (Die Grundlagen für den sozialistischen Wohnkomplex unter Berücksichtigung der Industrialisierung des Bauwesens). Sonderdruck. Berlin 1959
- Deutsche Demokratische Republik. Ministerium für Bauwesen; Deutsche Bauakademie: Der sozialistische Wohnkomplex. Ost-Berlin 1959
- Deutscher Bundestag - 12. Wahlperiode - Drucksache 12/8406.
- Dieckmann, C: Time is on my side: Ein deutsches Heimatbuch. Berlin 1995
- Dolf-Bonekämper, G.; Kier, H (Hg.): Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert. München, Berlin 1995
- Durth, W.: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970. München 1992
- Durth, W.; Gutschow, N.: Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940-1950. München 1993
- Durth, W.; Düwel, J.; Gutschow, N.: Architektur und Städtebau der DDR. Ostkreuz: Personen, Pläne, Perspektiven (Band 1); Aufbau: Städte, Themen, Dokumente (Band 2). Frankfurt/Main, New York 1998
- Entwurfsbüro für Hochbau Magdeburg: Wohnungsbau in Magdeburg. Deutsche Architektur 1958/3, S. 184-192
- Geist, J.F.; Kürvers, K.: Das Berliner Mietshaus 1945-1989. München 1989
- Gericke, H.: Über die Arbeit des Bundes Deutscher Architekten. Sonderbeilage der Zeitschrift "Deutsche Architektur" Heft 8/1955, S. 9-16
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 104 vom 14. September 1950: Aufbaugesetz
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 34, Teil 1 vom 19. Oktober 1979: Durchführungsbestimmung zur Verordnung über den Abriß von Gebäuden und baulichen Anlagen vom 18.9.1979
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil I, Nr. 17 vom 15.6.1984: Baulandgesetz.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik vom 30.12.1985, Nr. 35, Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen des komplexen Wohnungsbaus vom 10.12.1985. Berlin 1985, S. 393-399
- Göderitz, J., Rainer, R. Hoffmann, H.: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen 1957
- Gottschalk, H.: Rekonstruktion in Magdeburg-Buckau. Architektur der DDR 1984/7, S. 412-414

- Greiner, J.; Rietdorf, W.: Fußgängerbereiche in Stadtzentren. Deutsche Architektur 1966/10, S. 592-597
- Guth, R.: Wände der Verheißung: Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR. Leipzig 1995
- Hain, S.: Zwischen sowjetischer Europapolitik und linkem Nationalismus: Ein Versuch, sich der Stalinallee zu nähern. - In: Wilzek (Hg.): Berlin - Hauptstadt der DDR 1949-1989, Zürich, Baden-Baden 1995
- Hain, S.; Stroux, S.; Schroedter, M.: Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR. Berlin 1996
- Hain, S.: Was ist Stalinistische Architektur? Rezeptionsgeschichte, Definitionsprobleme und Forschungsstand. Vortrag auf der Icomos-Tagung Berlin 1996. unveröffentlichtes Manuskript
- Häußermann, H.: Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus. In: Häußermann, H.; Neef, R. (Hg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Opladen 1996, S. 5-46
- Häußermann, H.; Neef, R. (Hg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen. Opladen 1996
- Heinemann, H.: Einige Ergebnisse der Stadtplanung im Magdeburg. Deutsche Architektur 9/1964. S. 568
- Heinemann, H.: Aufgabe der Bezirksgruppe Magdeburg. Architektur der DDR 1984/7, S. 399-400
- Heinemann, H.: Bezirksgruppe Magdeburg. Architektur der DDR 1987/2, S. 14-15
- Heising, G.; Timme, G.: Gaststätte 'Kosmos' im Wohnkomplex 'Reform' in Magdeburg. Architektur der DDR 1977/2, S. 88-91
- Hilpert, T. (Hg.): Le Corbusiers „Charta von Athen“. Texte und Dokumente. Kritische Neuausgabe. Braunschweig. 1988.
- Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (Hg.): Die DDR-Architektur nach 1986. Studie zur Grundlagenforschung. "Entwicklungsbedingungen und Qualitätsmerkmale für das Bauen im entwickelten Sozialismus unter dem Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts". Weimar 1985
- Hopp, H.: Die neuen Aufgaben des Bundes Deutscher Architekten. Sonderbeilage der Zeitschrift "Deutsche Architektur" Heft 8/1955, S. 3-8
- Hopp, H.: Kritische Anmerkungen zum Preisgericht im Magdeburger Wettbewerb. Deutsche Architektur 1954/4, S. 161-163
- Hrussa, H.: Großblockbauweise in Magdeburg. Deutsche Architektur 1956/11, S. 495-499
- Hrussa, H.: Magdeburg, Erzbergerstraße-Agnetenstraße. Deutsche Architektur 1963/11, S. 684
- Hrussa, H.; Leuthold, E.; Retzloff, F.: Magdeburg-Neustadt. Großblockbauten in der Morgenstraße. Deutsche Architektur 1958/3. S. 184-192
- Hubacher, S.: Phantombild und Wirklichkeit: Strategien der Instrumentalisierung von Städtebau und Architektur im Staatssozialismus, unveröffentlichtes Manuskript 1993
- IRS, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Hg.): Architekturführer Magdeburg. Berlin, München 1992
- IRS, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Hg.): Reise nach Moskau. Quellenedition zur neueren Planungsgeschichte. Dokumentenreihe des IRS, Nr. 1. Berlin 1995
- Jakobs, F.: Der Wohnkomplex Jakobstraße in Magdeburg. Deutsche Architektur 1958/10, S. 544-546
- Jakobs, F.: Wie Phönix aus der Asche. In: Puhle, M.: "Dann färbte sich der Himmel blutrot..." Magdeburg 1995, S. 165-177
- Juckel, L. (Hg.): Haus Wohnung Stadt. Beiträge zum Wohnungs- und Städtebau 1945-1985. Hamburg 1986
- Junker, W.: Städtebau, Architektur und Perspektivplanung. Deutsche Architektur 2/1965. S. 68-70
- Kaiser, J.: Es geht um das Leitbild der künftigen Stadt, geht um das Ziel. Zu Problemen der 22. Plenartagung der Deutschen Bauakademie. Deutsche Architektur 10/1968. S. 629 f.
- Karl, H.; Ungewitter, C: Neue Neustadt - ein Beispiel zur Durchsetzung der Einheit von Neubau, Modernisierung, Instandsetzung. Architektur der DDR, 1984, S. 409-411
- Kirsch, H.R: Generalbebauungsplanung Magdeburg. Architektur der DDR 1984/7, S. 394-398
- Kirsch, H.R: Wohngebiet 'Neustädter See' in Magdeburg. Architektur der DDR 1978/8, S. 464-469
- Kirsch, H.P: Zur Einordnung des neuen Wohngebietes in das Gefüge der Stadt. Architektur der DDR 1978/10, S. 588-589
- Klügel, S.: Zur komplexen Gestaltung des Wohngebietes Magdeburg-Olvenstedt. Architektur der DDR 1981/10, S. 614-617
- Klügel, S.; Eschke, K.: Zur städtebaulichen Lösung des Wohngebietes Magdeburg-Olvenstedt. Architektur der DDR 1984/7, S. 409-411
- Körner, H.: Städtebauliche Vorbereitung der Modernisierung des Gebietes am Hasselbachplatz in Magdeburg. Architektur der DDR 1982/3, S. 154-157
- Körner, H.: Zur Rekonstruktion und Umgestaltung des südlichen Stadtzentrums in Magdeburg. Architektur der DDR 1984/7, S. 415-417
- Kosel, G.: Städtebau und Architektur in der Periode des Perspektivplanes bis 1970. Deutsche Architektur 1/1965. S. 36-39
- Kramer, J.: Die neuen Wohnungen an der Ost-West-Straße. Volksstimme Nr. 96, 25. April 1953, S. 5
- Kramer, J.: Über die Bebauung des Zentralen Platzes in Magdeburg. Deutsche Architektur 1955/1, S. 4-14
- Krause, H.; Lembke, K.: Wohnungsbauserie 70 - Gemeinschaftsprojekt von Forschung und Produktion für die Intensivierung des Wohnungsbaus. Architektur der DDR 1975/4, S. 209-215
- Krause, L.: Verkehrserschließung von Stadtzentren in der DDR. Deutsche Architektur 7/1970. S. 426-431
- Kress, S.: Entwicklungstendenzen in der Wohngebietsplanung. Architektur der DDR 8/1984. S. 465-467
- Kristen, T.: Stadtplanung und Stadterneuerung in der DDR. GhK Kassel, Arbeitsberichte des Fachbereichs Stadtplanung und Landschaftsplanung Heft 82. Kassel 1988
- Landeshauptstadt Magdeburg, Stadtplanungsamt (Hg.): Südwestliche Stadterweiterung, 1995/30. Magdeburg 1995
- Landeshauptstadt Magdeburg, Stadtplanungsamt (Hg.): Soziale - Bauherren und architektonische Vielfalt. Magdeburger Wohnungsgenossenschaften im Wandel. Heft 45/1996
- Landeshauptstadt Magdeburg. Amt für Statistik (Hg.): Die Stadt in Zahlen 1996. Magdeburg 1997
- Landeshauptstadt Magdeburg. Amt für Statistik (Hg.): Magdeburger Statistische Blätter, Heft 2 - Das Jahr 1990 in Zahlen. Magdeburg 1991
- Landeshauptstadt Magdeburg. Amt für Statistik (Hg.): Magdeburger Statistische Blätter, Heft 12. Daten zum Wohnungs- und Gebäudebestand in den Stadtteilen. Magdeburg 1996
- Landeshauptstadt Magdeburg. Amt für Statistik (Hg.): Magdeburger Statistische Monatsberichte. Gebäude und Wohnungsbestand in Magdeburg. Ergebnisse der GWZ 1995. Sonderdruck Januar 1997. Magdeburg 1997
- Landeshauptstadt Magdeburg. Büro für Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll (Hg.): Stadt im Aufbruch und Umbruch. Fünf Jahre Deutsche Einheit. Magdeburg o.J.
- Landeshauptstadt Magdeburg. Büro für Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll (Hg.): Hermann-Beims-Siedlung. Magdeburg 13/1994
- Landeshauptstadt Magdeburg. Büro für Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll (Hg.): Siedlung Cracau. Magdeburg 14/1994
- Lehmann, G.: Beispielvorhaben und wiederverwendungsfähige Teillösungen für den innerstädtischen Plattenbau (WBS 70). Architektur der DDR 10/1985. S. 589-594
- Leucht, K. W.: Aufgaben des Städtebaus in der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems. Deutsche Architektur 5/1966. S. 260-262
- Liebscher, F.: Der zweite Fünfjahrplan und das Bauwesen. Sonderbeilage der Zeitschrift "Deutsche Architektur" Heft 7/1956, S. 21-24

- Lucas, W.: Zu den erreichten Ergebnissen bei der bisherigen Durchführung des Wohnungsbauprogrammes im Zeitraum von 1971-1983 im Bezirk Magdeburg. Architektur der DDR 1984/7, S. 392-393
- Magistrat der Stadt Magdeburg (Hg.): Ein Jahr Aufbauarbeit in Magdeburg. Magdeburg 1946
- Manz, H.: Der Wiederaufbau der Magdeburger Innenstadt. Eine Chronologie der Inkonsistenz. In: Nipper, J.; Nutz, M. (Hg.): Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte. Kölner Geographische Arbeiten 57. Köln 1983, S. 175-191
- Manz, H.: Der Wiederaufbau der Zentren der beiden Städte Magdeburg und Hannover nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Vergleich der politischen Hintergründe, der Aufbauziele, der Planungen und deren Realisation. Kölner Geographische Arbeiten 67. Köln 1995
- Mau, F.-R.: Flugdächer und Weserziegel. Architektur der 50er Jahre in Bremen. Worpswede 1990
- Merkel, G.: Kaufhalle 'Reform' in Magdeburg. Architektur der DDR 1974/12, S. 736-739
- Michalk, H.: Zentraler Platz und Elbufergestaltung Magdeburg. Deutsche Architektur 1969/1, S. 6-9
- Ministerialblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 25 vom 16. September 1950: Bekanntmachung der Grundsätze des Städtebaus.
- Ministerium für Bauwesen der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.): Habitat DDR. Berlin 1976
- Ministerium für Bauwesen. Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik: Information zum Eigenheimbau. Einzelhaus. Bauinformationen Hefte 2,3,4,6. Berlin 1972
- Mitteldeutscher Planungsatlas. Merseburg 1932
- Neue Bauwelt: Der Wettbewerb um Magdeburgs Innenstadt. 1950. Heft 10, S. 153-158
- Neue Heimat. Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH(Hg.): 50 Jahre GEWOG. Hamburg, o.J.
- Neues Deutschland 23.4.1955, Berlin 1955, S. 1f.
- Neues Deutschland 29.5.1982, Berlin 1982, S. 9f.x
- Nipper, J.; Nutz, M. (Hg.): Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte. Kölner Geographische Arbeiten 57. Köln 1983
- Presseamt beim Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.): Die Presse der Sowjetunion. Sondernummer im Auftrage der Deutschen Bauakademie 23.12.1955. Nr. 148
- Prokopowicz, J.: Probleme der stadttechnischen Erschließung des Wohngebietes Magdeburg-Olvenstedt. Architektur der DDR 1978/10, S. 600
- Proske, E.; Kröber, G.: Wohnbezirk Wolfen-Nord - ein Beitrag zur Industrialisierung des Wohnungsbaus. - Deutsche Architektur 4/1959. S. 179-191
- Puhle, M. (Hg.): "Dann färbte sich der Himmel blutrot...". Die Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar 1945. Magdeburg 1995
- Rat der Stadt Magdeburg (Hg.): Geschichte der Stadt Magdeburg. Berlin 1977
- Rat der Stadt Magdeburg. Büro des Stadtarchitekten (Hg.): Magdeburg-Olvenstedt. Ein neues Wohngebiet. Magdeburg 1987.
- Rat der Stadt Magdeburg: Städtebauliche Ideen Wettbewerb Magdeburger Altstadt. Deutsche Architektur 1959/4, S. 197-199
- Rat der Stadt Magdeburg: Wettbewerb für die Gestaltung des Zentralen Platzes in Magdeburg. Deutsche Architektur 1961/4, S. 209-218
- Rietdorf, W.: Komplexe Gestaltung des Wohnumfeldes - Aufgabenstellung und Realisierungsstand. In: Architektur der DDR 8/1986. S. 457-465
- Rietdorf, W.: Ein Traum von Raum. Geschichte des Komplexen Wohnungsbaus und seine Bedeutung für die DDR. Raumplanung 74. 1996, S. 181 - 189
- Scharlipp, H.: Hotelbau in der DDR. Deutsche Architektur 1964/2, S. 70-71
- Schattel, J.: Eine neue Etappe in der Generalbebauungsplanung. Architektur der DDR 1980/10, S. 584-586
- Schattel, J.: Aufgaben der Generalbebauungsplanung im Prozeß der intensiven Stadtentwicklung. Architektur der DDR 5/1985. S. 301-303
- Schätzke, A.: Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945-1955. Braunschweig, Wiesbaden 1991
- Schmidt, H., Typenserien für den industrialisierten Wohnungsbau. Deutsche Architektur 1956/9, S. 412-414
- Schmidt, H.; Zeuchner, G.: Die Bebauung der Karl-Marx-Straße und des Domplatzes in Magdeburg. Deutsche Architektur 1963/8, S. 508-511
- Schmidt, S.: Feierabendheim mit Pflegestation in Magdeburg-Nord. Architektur der DDR 1977/5, S. 289-291
- Schmiechen, K.: Kürzeste Bauzeiten, niedrigster Aufwand und hohe Qualität. Deutsche Architektur 12/1970. S. 710f.
- Scholz, H.: Wettbewerb Generalbebauungspläne der Städte. Deutsche Architektur 5/1969. S. 308-311
- Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz: Verfallen und vergessen oder aufgehoben und geschützt?. Dokumentation der Tagung am 15./16. Mai 1995 in Berlin. Band 51. Bonn
- Schroth, J.: Appartementhaus am Domplatz in Magdeburg. Deutsche Architektur 1967/9, S. 467-469
- Schroth, J.: Die Konzeption des Wohnungsbaus für den Wohnkomplex Magdeburg-Olvenstedt 1. bis 3. Bauabschnitt. Architektur der DDR 1984/7, S. 418-421
- Schroth, J.: 10geschossiger Wohnungsbau in Magdeburg-Nord, WK 1 und 3. Architektur der DDR 1975/10, S. 605-608
- Schroth, J.: Haus der Lehrer in Magdeburg. Architektur der DDR 1974/3, S. 144-151
- Schultz, K.-H.: Vier Hauptfragen zur Industrialisierung des Bauens. Sonderbeilage der Zeitschrift "Deutsche Architektur" Heft 7/1956, S. 1-21
- Sieverts, Th.: Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig, Wiesbaden 1997
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Kreisstelle Magdeburg (Hg.): Statistisches Jahrbuch der Stadt Magdeburg 1966
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Kreisstelle Magdeburg (Hg.): Statistisches Jahrbuch der Stadt Magdeburg 1974-76
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Kreisstelle Magdeburg (Hg.): Statistisches Jahrbuch der Stadt Magdeburg 1979-81 (Stadtarchiv, 2537n)
- Stadt Eisenhüttenstadt/Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR (Hg.): ...Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung "Tempolinsen und P2". Berlin 1996
- Stadtentwicklung und Stadtgestaltung: Interview mit dem Oberbürgermeister von Magdeburg, Werner Herzig. Architektur der DDR 1983/10, S. 581-584
- Stallknecht, W.: Weiterentwicklung der WBS 70 unter dem Aspekt ihrer Anwendung in innerstädtischen Gebieten. Architektur der DDR 1/1981. S. 29-34
- Stiftung Bauhaus Dessau (Hg.): Bauhaus Dessau, Industrielles Gartenreich. Berlin 1996
- Stübgen, J.: Der Städtebau. München 1911
- Topfstedt, T.: Städtebau in der DDR 1955-1991. Leipzig 1988
- Topfstedt, T.: Die nachgeholte Moderne. Architektur und Städtebau in der DDR während der 50er und 60er Jahre. In: Dolf-Bonekamp, G.; Kier, H (Hg.): Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert. München, Berlin 1995. S. 39-54
- Ungewitter, F.; Kirsch, K.; Kamper, B.: Wie stellen wir uns im Bezirk Magdeburg auf die Anforderungen an den Wohnungsbau in den 80er Jahren ein?. Architektur der DDR 1981/5, S. 272-277
- Wagner, R.: Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR. Deutsche Architektur 9/1964. S. 570

- Wedepohl, E.: Wettbewerb Magdeburger Innenstadt. Der Bauhelfer Heft. 10, 1950, S. 267-273
- Wedepohl, E.: Bemerkungen zum Wettbewerb Magdeburger Innenstadt. Baumeister. Heft 2, 1950, S. 422
- Weitere ökonomische Stärkung unserer Republik: Aus dem Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrates. Neues Deutschland vom 23.4.1955, S. 1-2
- Werner, F.: Stadt, Städtebau Architektur in der DDR. Aspekte der Stadtgeographie, Stadtplanung und Forschungspolitik. Erlangen 1981
- Winkler, G. (Hg.): Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Berlin 1990
- Wolle, S.: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Berlin 1998
- Zentralrat der Freien Deutschen Jugend, Abteilung Agitation: Von der 10. Tagung des ZK der SED. Fakten-Zahlen-Argumente 16/1973, S.1-4
- Zeuchner, G.: Probleme der Bebauung und Nutzung von Flußufern in der DDR. Deutsche Architektur. 1963/11, S. 672-682
- Zorn, K.E.: 'Centrum'-Warenhaus Magdeburg. Deutsche Architektur 1974/10, S. 624-629

Benutzte Archivalien im Stadtarchiv Magdeburg

Archiv Nr.:

- Rep 41 47: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Wettbewerb zum Neuaufbau der zerstörten Altstadt Magdeburgs 1946
- Rep 41/81: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Bebauungsplan für die zerstörte Innenstadt Magdeburgs 1945-1950
- Rep 41/104: Rat der Stadt Magdeburg: Schlußfolgerungen für die Stadt Magdeburg vom 25.10.1963
- Rep 41 112: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Aufbau kriegszerstörter Städte. Schriftwechsel und Berichte. 4/1946 - 12/1947
- Rep 41 122: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Wiederaufbau der Stadt Magdeburg (Arbeitsgemeinschaft kriegszerstörter Städte) 1947-50
- Rep 41 126. Band 1: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Arbeitsgemeinschaft der 6 zerbombten Städte Wiederaufbau der Stadt Magdeburg und andere Stadt. Jan-Dez. 1947
- Rep 41/166: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauangelegenheiten. Teilbebauungsplan Zentraler Bezirk
- Rep 41/114; Rep 41/115: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Arbeitsgemeinschaft kriegszerstörter Städte 1946-49
- Rep 41/113: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Rechenschaftsbereich des Neuaufbauamtes Magdeburg. 1946-48
- Rep 41 325: Rat der Stadt Magdeburg - Abteilung Kultur. Bildkünstlerische Gestaltung des Magdeburger Stadtzentrums. Nov. 74-Juni 75
- Rep 41 337: Rat der Stadt Magdeburg - Archiv. Büro des Stadtarchitekten. Städtebauliche Gestaltung Magdeburgs. E.u.a. - Zukünftige Gestaltung des Zentrums - Strom und Wärmeversorgung - Hauptbahnhof. Band 1 1958 - 63
- Rep 41 338: Rat der Stadt Magdeburg - Archiv. Büro des Stadtarchitekten. Städtebauliche Planung - Bebauung des Stadtzentrums 1954 - 1962
- Rep 41 344: Rat der Stadt Magdeburg - Büro des Stadtarchitekten. Städtebauliche Gestaltung der Stadt Magdeburg. E.u.a. - Bebauung Alter Markt und Wiederaufbau des Rathauses (mit Entwurfskizze) - Wohnkomplex Jakobstr. - Erweiterung Erzbergerstr. unter Einbeziehung des Krankenhauses Altstadt. 1959 - 62
- Rep 41 357: Rat der Stadt Magdeburg - Abteilung Kultur. Gestaltung des Wohngebietes Magdeburg Nord. April 1973 - Sept. 1975
- Rep 41 392: Deutsche Bauakademie, Institut für Industriebau, Forschungsbericht. Wissenschaftliche Experimentaluntersuchung zur städtebaulichen Umgestaltung des Industrie- und Mischgebietes Magdeburg Südost
- Rep 41 393: Büro des Stadtarchitekten Magdeburg. Nr. 3 Buckau-Insel
- Rep 41 460: Rat der Stadt Magdeburg-Stadtarchiv. Bauakademie der DDR Institut für Industriebau. Funktionsgebiet Magdeburg Neue Neustadt. Experimentalstudie zur Umgestaltung 1974
- Rep 41 461: Rat der Stadt Magdeburg-Stadtarchiv. Bauakademie der DDR Institut für Industriebau. Funktionsgebiet Magdeburg Neue Neustadt. Teil 1.2 Analyse der produktiven Bereiche - Hauptprobleme und Schlußfolgerungen. April 1973
- Rep 41 462: Rat der Stadt Magdeburg-Stadtarchiv. Bauakademie der DDR Institut für Industriebau. Funktionsgebiet Magdeburg Neue Neustadt. Produktive Bereiche im 1. Bauabschnitt. Juni 1975
- Rep 41 464: Rat der Stadt Magdeburg-Stadtarchiv. Bauakademie der DDR Institut für Industriebau. Industriegebiet Magdeburg-Rothensee. Teil 1 Analyse - Hauptprobleme und Schlußfolgerungen. März 1971
- Rep 41 464: Rat der Stadt Magdeburg-Stadtarchiv. Bauakademie der DDR Institut für Industriebau. Industriegebiet Magdeburg-Rothensee. Teil 2 - Konzeption zur Entwicklung - Lösungsvorschläge. Oktober 1971

- Rep 41 465: Rat der Stadt Magdeburg-Stadtarchiv. Bauakademie der DDR Institut für Industriebau. Industriegebiet Magdeburg-Rothensee. Überarbeitete Konzeption zur Entwicklung ausgewählter Teilbereiche. Juni 1977
- Rep 41 483: Funktionsgebiet Magdeburg Neue Neustadt. Teil 1.1 - Analyse des Wohnungsbaus (Wohnbausubstanz) und der gesellschaftlichen Einrichtungen - Hauptprobleme und Schlußfolgerungen
- Rep 41 484: Wohngebiet Magdeburg-Nord. August 1973
- Rep 41 511: Rat der Stadt Magdeburg - Abteilung Finanzen. Wissenschaftliche Studie zur städtebaulichen Umgestaltung des Industrie- und Mischgebietes Magdeburg-Buckau. Sep. 1966
- Rep 41 525: Stadtarchiv Magdeburg. Plan für den Aufbau des Stadtzentrums von Magdeburg. 1968
- Rep 41 543: Rat der Stadt Magdeburg. Generalbebauungsplan der Stadt Magdeburg. 10.1.1968
- Rep 41 574: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtplanungskommission. Bericht über die Begutachtung von Generalbebauungsplänen ausgewählter Städte. Dez. 74
- Rep 41 579: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtplankommission. Analyse der Umgestaltungsbedingungen ausgewählter Städte der DDR. Februar 1979
- Rep 41 580: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtplanungskommission. Wohnungsbau Magdeburg 1976-1990. Analyse von Umgestaltungsbedingungen in innerstädtischen Wohn- und Mischgebieten. Nov. 1976
- Rep 41 581: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtplanungskommission. Wohnungsbau Magdeburg 1981 - 1985. Analyse von Umgestaltungsbedingungen in innerstädtischen Wohn- und Mischgebieten. o.J.
- Rep 41 618: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtarchiv. Analyse städtischer Funktionsgebiete. Systembeziehungen von Elementen der Territorialstruktur
- Rep 41 619: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtarchiv. Magdeburg Entwicklungskonzeption Südost
- Rep 41 622: Rat des Stadtbezirkes Magdeburg-Südost. Stadtbezirksbürgermeister. Konzeption zur territorialen Entwicklung des Bauwesens der Stadt Magdeburg unter besonderer Berücksichtigung der Profilierung des Bauwesens. Juni 1978
- Rep 41 626: Rat des Stadtbezirkes Magdeburg-Südost. Stadtbezirksbürgermeister. Städtebauliches Programm der gesellschaftlichen Einrichtungen der Zentren des Untersuchungsgebietes Magdeburg-Südost. Bauakademie der DDR Institut für Industriebau. Industriegebiet Magdeburg-Rothensee. o.J.
- Rep 41 627: Rat des Stadtbezirkes Magdeburg-Südost. Stadtbezirksbürgermeister. Städtebauliche Konzeption "Neustädter Feld" (unvollständig). April/Mai 1973
- Rep 41 711: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Leitbild für die weitere städtebaulich-architektonische Gestaltung des Stadtzentrum von Magdeburg bis 1990. 15.12.1984
- Rep 41 712: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Wohngebiets- und Kleingartenpark „Bördegarten“
- Rep 41 713: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbezirksbürgermeister Mitte. Umgestaltung südliches Stadtzentrums. Modernisierungsquartier IV, Aufgabenstellung 1979-82. 30.3.1982
- Rep 41 740: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtverordnetenbüro: Reden von Oberbürgermeister Eberhard und Stadtbaurat Koß zum Aufbau der Stadt Magdeburg. 7.6.47, 8.7.47
- Rep 41 741: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtverordnetenbüro. Aufbau der Stadt Magdeburg Juni 48, Juli 48, Dez 49
- Rep 41 745: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Aufbau des Stadtzentrums. Febr. 1962-März 1963
- Rep 41 747: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Umgestaltung Magdeburg Neue Neustadt. Fachwissenschaftlicher Wettbewerb zur komplexen Erschließung. Aug. -Nov. 1979
- Rep 41 748: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Bebauungskonzeption Neue Neustadt. 1. Bauabschnitt. Juli -August 1977, Sept. - Dez. 1980
- Rep 41 758: Tätigkeit der Neuaufbau Magdeburg GmbH beim Aufbau der Stadt nach dem II. Weltkrieg Sept. 1946 - März 1949
- Rep 41 760: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtarchiv. Investitionsbauten und Industrieproduktion in Magdeburg 1950/51. Nov. 1950-Nov. 51
- Rep 41 762: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Aufbauplanung für die Stadt Magdeburg (Dez. 51), März 52 - Sept. 52
- Rep 41 790: Rat der Stadt Magdeburg - Abteilung für innere Angelegenheiten: Anordnung einer befristeten Bausperre für das Gebiet der zerstörten Magdeburger Innenstadt. 1947-1950
- Rep 41 812: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Konzeption zur Entwicklung des Stadtzentrums der Stadt Magdeburg in den Jahren 1964-1970. Sept. 1963
- Rep 41 813: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Konzeption über den Aufbau des Stadtzentrums der Stadt Magdeburg bis 1965. (Feb., Juni 1962) Nov. 1962
- Rep 41 816: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbauleitung. Ideenwettbewerb Magdeburg/Altstadt vom 17.10.58
- Rep 41 822: Rat der Stadt Magdeburg - Oberbürgermeister. Ökonomische Direktive zur Entwicklung der Stadt Magdeburg für den Zeitraum 1964-1970. Dezember 1963
- Rep 41 948: Rat der Stadt Magdeburg - Bevölkerungspolitik. Anweisungen zur Organisation des Bauwesens. Sep. 45-Januar 47
- Rep 41 1044: Rat der Stadt Magdeburg. Schlußfolgerungen für die Entwicklung der Stadt Magdeburg. 25.10.1963
- Rep 41 1073: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Schriftverkehr zum Wiederaufbau der Stadt Dez 1945 - Juli 1946
- Rep 41 1074: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Schriftverkehr zu verschiedenen Angelegenheiten. 1952-56
- Rep 41 1075: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Schriftverkehr zum Wiederaufbau der Stadt 1945 - 52
- Rep 41 1076: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt: Wohnungsbau Magdeburg 1950. 1949-1950
- Rep 41 1077: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Wohnungsbau Magdeburg 1951. Sonderprogramm Breiter Weg 1951
- Rep 41 1078: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Wohnungsbaugesamtheiten. 1949-1955
- Rep 41 1079: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Wohnungsbau Magdeburg 1949
- Rep 41 1080: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Wohnungsbau Magdeburg 1950
- Rep 41 1081: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Nationales Aufbauprogramm Magdeburg 1953. 1953
- Rep 41 1082: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Baulückenschließung Bahnhofstr. 47-49. 1954-55
- Rep 41 1084: Rat der Stadt Magdeburg - Stadtbauamt. Wohnungsbau Magdeburg 1951 Vorprojekte. 1953 - 1955
- Sign. 150/113: Statistisches Jahrbuch der Stadt Magdeburg 1948

Altregistraturgut der Stadt Magdeburg

- Amt für Informationen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.): Das nationale Aufbauwerk und die Aufgaben der deutschen Architektur. Rede des Stellvertreters des Ministerpräsidenten Walter Ulbricht beim Festakt anlässlich der Gründung der Deutschen Bauakademie am 8.12.1951
- Amtliches Mitteilungsblatt der Stadt Magdeburg Nr. 54 vom 11. Mai 1946
- Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur: Städtebauprognose. November 1989
- Bauakademie der DDR. Forschungsvorhaben Sozialistischer Städtebau: Bericht über die Begutachtung von Generalbebauungsplänen ausgewählter Städte (Ergebnis Nr. 209)
- Bauakademie der DDR. Forschungsvorhaben Sozialistischer Städtebau: Bebauungskonzeptionen für Wohnungsbauvorhaben über 1000 WE. 6. Bericht. Berlin, August 1982
- Bauakademie der DDR; Institut für Städtebau und Architektur, Bereich Industriegebiete. Rat der Stadt Magdeburg; Büro des Stadtarchitekten: Magdeburg. Leitplanung Teilgebiet Stadtfeld. Standortssituation Arbeitsstätten produktive Bereiche. 1988
- Beirat für Bauwesen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik: Vermerk über die Besprechung im Büro des Chefarchitekten in Magdeburg am 9.10.1957. Sammlung IRS
- Beschluß der 21. (VIII.) außerordentlichen Tagung der Stadtverordnetenversammlung Magdeburg vom 26.2.1988: Magdeburg, Konzeption zur gesellschaftlichen, ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Entwicklung der Stadt Magdeburg bis 1990. In Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitag - Auf dem Wege zum XII. Parteitag der SED.
- Beschluß über "Erste Maßnahmen zur Sicherung des Wohnungsbauprogramms im Fünfjahrplan 1971/75 und Schlußfolgerungen für die Wohnungspolitik" vom 20.10.71
- Büro des Stadtarchitekten Magdeburg: Informationsmaterial für die Abgeordneten. 1975
- Büro des Stadtarchitekten Magdeburg: Akte Leitplanung Magdeburg-Stadtfeld. 1988/89
- Büro des Stadtarchitekten: Leitbild für die weitere städtebaulich-architektonische Gestaltung des Stadtzentrums von Magdeburg bis 1990. Dezember 1984
- Büro des Stadtarchitekten: Prognose für die erweiterte Reproduktion der Wohnbausubstanz der Stadt Magdeburg. Juli 1969
- Büro des Stadtarchitekten: Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung des südlichen Stadtzentrums (Teil 1: Analyse), August 1978
- Büro des Stadtarchitekten: Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung des südlichen Stadtzentrums. 31.12.1980
- Büro des Stadtarchitekten: „Wie gestalten wir Magdeburg zu einer sozialistischen Großstadt“. Informationsmaterial zu Wohnungsbau, Städtebau und Architektur. 1979
- Büro für Stadtplanung. Magdeburg Konzeption für den Wohnungsbau 1965/70. Oktober 1964 (verschiedene Pläne), Nr. 77
- Deutsche Bauakademie, Bund deutscher Architekten: Arbeitsmaterial zur Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1971
- Deutsche Bauakademie. Institut für Industriebau: Analyse städtischer Funktionsgebiete. Systembeziehungen von Elementen der Territorialstruktur. Mai 1970
- Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Aufbau: Städtebauliche Planung der Stadt Magdeburg. Grundakte und Erläuterungsbericht. August 1952
- Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Bauwesen (Hg.): Bauakademie der DDR: Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten. Reihe Städtebau und Architektur Sonderheft 2. Berlin 1976
- Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Bauwesen (Hg.): Einfamilienhäuser 1958. Übersicht der EW-Reihen, Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser
- DEWAG Werbung: Konzeption zur Ordnung der visuellen Kommunikation in der Stadtgestaltung für die Stadt Magdeburg
- Entwurf über die Förderung des Baues von Eigenheimen vom 10.10.1971
- Fachabteilungen des Rates der Stadt Magdeburg: Konzeption zur Entwicklung des Stadtzentrums der Stadt Magdeburg in den Jahren 1964 - 70. Magdeburg 1963
- Generalbebauungsplan - Reproduktionsmodell, Wohnungsbau 1975, Standortangebot 1976-90, Nr. 89
- Generalbebauungsplan, Bezirk Magdeburg 1967
- Generalbebauungsplan, Generalverkehrsplan der Stadt Magdeburg, 1. Entwurf
- Generelle Stadtplanung Magdeburg 1962
- Gutachten für Experimentalwohngebiet an der Olvenstedter Chaussee. Zusammenstellung vom 14.3.1977
- Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar. Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur: Soziologie im Städtebau - Planungsbeispiel Magdeburg "Stadtfeld", Stadtzentrum, WBI Nr. 97
- Information zum Eigenheimbau 73 im Bezirk Magdeburg
- Informationsmaterial für die Abgeordneten: Teil 3: Städtebauliche Entwicklungsrichtung 1981 - 90, insbesondere zur Lösung der Wohnungsfrage
- Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR als federführende Forschungseinrichtung für die wissenschaftliche Vorbereitung und Durchführung des komplexen Experimentes in der DDR; Rat der Stadt Magdeburg, Stadtbauamt, Stadtarchitekt; VE Wohnungsbaukombinat Magdeburg: Aufgabenstellung für die Projektierung eines Experimentalwohnkomplexes in Magdeburg in Verwirklichung des Regierungsabkommens UdSSR - DDR vom 9.12.1975 auf dem Gebiet des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus. Berlin 1977
- Kirsch, H.: Kurzreferat zur Tagung der Sektion "Städtebau und Architektur" am 9.11.1978: "Das Wohnungsbauprogramm bis 1990 und Probleme der städtebaulichen - besonders der stadtstrukturellen - Entwicklung am Beispiel der Stadt Magdeburg"
- Klügel, S.: Vorlesungsmanuskript über das Experimentalwohngebiet Magdeburg-Olvenstedt. 1982
- Konzept zum Leitplan der komplexen Umweltgestaltung des Wohngebietes Magdeburg-Olvenstedt (Ergebnis der Arbeitsklausur vom 16.-19.5.78 beim WBI für Städtebau und Architektur bei der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar in Naumburg)
- Konzeption für das Bauen und Wohnen im südlichen Stadtzentrum für den Zeitraum 01.01.1988-31.12.1988. Städtebauliches Leitbild bis 1990
- Magdeburg - Konzeptionen über den weiteren Aufbau des Stadtzentrums
- Magdeburg - Portrait einer Stadt
- Magdeburg-Neue Neustadt: Umgestaltung eines innerstädtischen Mischgebietes. Experimentalplanung. Planungsergebnisse, Problemlösungen
- Magistrat der Stadt Magdeburg (Hg.): Ein Jahr Aufbauarbeit in Magdeburg. Magdeburg 1946
- Ministerium für Bauwesen (Hg.): Vorinformation. Projekte für den Eigenheimbau. Berlin, Stand 15. Dezember 1971.
- Ministerrat der DDR. Ministerium für Bauwesen: Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986-1990
- Ministerrat der DDR. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Magdeburg. Vorläufige Ergebnisse der Volks- und Berufszählung. Wohnbevölkerung des Bezirkes Magdeburg nach Geschlecht und Alter am 31. Dezember 1964, März 1965

Staatssekretariat für Körperkultur und Sport und Bauakademie der DDR (Hg.): Sport und Spiel in innerstädtischen Umgestaltungsgebieten. Experimentalplanung Magdeburg, Neue Neustadt. Berlin 1976

Stadtarchitekt: Leitbild für die weitere städtebaulich-architektonische Gestaltung des Stadtzentrums von Magdeburg bis 1990. Magdeburg, 15.12.1984

Vorlage für das Politbüro des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über den Aufbau des Stadtzentrums von Magdeburg (1968 bis 1975)

Wie komme ich zu einer Wohnung? (Eigenheimbau und genossenschaftlicher Wohnungsbau). Zur Verordnung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 10.12.1953. Berlin 1954

Wohnungsbau 1976 - 1990: Analyse von Umgestaltungsbedingungen in innerstädtischen Wohn- und Mischgebieten

Wohnungsbau 1981 - 1985: Analyse der Umgestaltungsbedingungen in innerstädtischen Wohn- und Mischgebieten, 2. Etappe

Wohnungsbauprogramm: Baulückenschließung 1965/66

Woronow, Juri: Wir bauen gemeinsam Städte. Prawda, Nr. 31 (22461) vom 31.1.1980

Interviews mit Zeitzeugen

Herr Klaus SCHULZ (26.1.1996, 2.7.1996, 8.10.1996, 30.1.1997)
 Herr Horst HEINEMANN (9.10.1996, 14.11.1996, 13.2.1997)
 Herr Friedrich JAKOBS (14.11.1996)
 Herr Johannes SCHROTH (14.2.1996, 8.2.1997)
 Frau Helga KÖRNER (8.10.1996)

Abbildungsverzeichnis

1 Einleitung

| | | |
|--------|---|---|
| Abb. 1 | Altstadt und Elbe mit Strombrücke (um 1940) | 5 |
| Abb. 2 | Nördliche Altstadt | 5 |
| Abb. 3 | Baugeschehen am Zentralen Platz, 1997 | 6 |
| Abb. 4 | Wohnungsbestand von Magdeburg nach Baualter | 7 |
| Abb. 5 | Wohnungsbaustandorte 1945-90 im Überblick | 8 |

2 Intentionen

| | | |
|---------|--|----|
| Abb. 6 | Trümmerfrauen in der zerstörten Altstadt | 12 |
| Abb. 7 | Nordostseite des Zentralen Platzes um 1970 | 13 |
| Abb. 8 | Bebauung an der Rothenseer Straße nach Entwürfen von Carl Krayl, Baujahr 1930 | 14 |
| Abb. 9 | Architektur des Appartementhauses am Domplatz, Baujahr 1966 (Zustand 1997) | 15 |
| Abb. 10 | Bereich Jakobstraße in der nördlichen Altstadt nach der Trümmerbeseitigung | 16 |
| Abb. 11 | Der Wohnkomplex Jakobstraße nach der Fertigstellung um 1970 | 17 |
| Abb. 12 | Bebauungskonzeption für den sozialistischen Wohnkomplex Spielhagenstraße, 1965 | 18 |
| Abb. 13 | Lageplan der Gartenstadt Elbhochufer in Wedel (Architekt: Planungsabteilung der Wohnungsbau-gesellschaft Schleswig-Holstein GmbH Kiel) | 18 |

3 Etappen und Themen

| | | |
|---------|--|----|
| Abb. 14 | Durchbruchstelle zur Strombrücke am Breiten Weg, Juni 1947 | 23 |
| Abb. 15 | Bombentreffer in der Siedlung Cracau | 23 |
| Abb. 16 | Schadensplan der Altstadt M 1:2000 (Stand 1945) | 24 |
| Abb. 17 | Bestandsplan zur Grundakte der städtebaulichen Planung mit Kartierung der zerstörten Wohnbebauung, 1952 | 25 |
| Abb. 18 | Entwicklungsplan für die Stadt Magdeburg und ihr Einflußgebiet, Blatt 39 des Mitteldeutschen Planungsatlas, 1932 | 27 |
| Abb. 19 | Hubert Hoffmann: Schrumpfungplan für die Stadt Magdeburg, ca. September 1945 | 28 |
| Abb. 20 | Hubert Hoffmann: Planung einer neuen Verkehrslösung für die Magdeburger Innenstadt, September 1945 | 29 |
| Abb. 21 | Karte der Innenstadt im M. 1:2000 zwischen Reichsbahngelände und Elbe vor der Zerstörung | 30 |
| Abb. 22 | Am Krümmen Weg, Situation 1944 | 30 |
| Abb. 23 | Plan zum Wiederaufbau der Stadt von Otto von Guericke aus dem Jahre 1632 | 31 |
| Abb. 24 | Konzept für den Ost-West-Durchbruch mit einer Entwicklung des Zitadellengeländes nach Johannes Göderitz, 1932/33 | 31 |
| Abb. 25 | Wettbewerb zu einem Aufbauplan für die Altstadt 1946, Entwurf von Hugo Wölflé (1. Preis) | 32 |
| Abb. 26 | Am Modell für die Austeilung „Magdeburg lebt“, 1947 | 32 |
| Abb. 27 | Besucher der Ausstellung „Magdeburg lebt“ im Kulturhistorischen Museum, 1947 | 32 |
| Abb. 28 | Wettbewerb Innenstadt Magdeburg 1949, 2, Preis der Architekten Kreuzer und Erbs, Berlin | 33 |
| Abb. 29 | Wettbewerb Innenstadt Magdeburg 1949, Ankauf der Architekten Brüder Luckardt und Hubert Hoffmann, Berlin | 33 |

| | | |
|---------|--|----|
| Abb. 30 | Bausperrgebiet in der Innenstadt von Magdeburg 1947, dargestellt auf der Grundlage des Stadtgrundrisses vor der Zerstörung | 35 |
| Abb. 31 | Sortiergerät des Neuaufbauamtes am Schroteplatz, 7.2.1950 | 34 |
| Abb. 32 | Betonwerk des Neuaufbauwerkes am Schroteplatz | 34 |
| Abb. 33 | Innenaufnahme vom 17.3.1950 | 34 |
| Abb. 34 | Aufbau plan des zentralen Bezirkes, September 1950 (Dezernat Bauwesen, Hauptabteilung Planung) | 36 |
| Abb. 35 | Beitrag in der Magdeburger Volksstimme, 1951 | 37 |
| Abb. 36 | Bebauung am Engpaß Breiter Weg („Ladenstraße“), Aufnahme vom 6.5.1952 | 37 |
| Abb. 37 | Die Grundakte der städtebaulichen Planung, bestätigt am 28. August 1952 | 38 |
| Abb. 38 | dto., Flächennutzungsplan, Januar 1952 | 39 |
| Abb. 39 | dto., Demonstrationsplan, Juli 1952 | 40 |
| Abb. 40 | dto., Aufbauplan Zentraler Bezirk, August 1952 | 41 |
| Abb. 41 | dto., Verändertes Konzept des Zentralen Platzes als Blatt 14a der Grundakte vom 20. August 1953 | 41 |
| Abb. 42 | Überarbeiteter Entwurf zum Zentralen Bezirk im Büro des Chefarchitekten 1953/54 | 42 |
| Abb. 43 | Modell zum Konzept für den Zentralen Platz, 1955 | 42 |
| Abb. 44 | Wettbewerbsbeitrag für ein Gebäude am Zentralen Platz, 1954 | 43 |
| Abb. 45 | Edmund Collein (stehend) und Kurt Liebknecht auf dem Podium der Innenarchitekturkonferenz der Deutschen Bauakademie, 1953 | 43 |
| Abb. 46 | Situation am Zentralen Platz im April 1953 | 44 |
| Abb. 47 | Besuch von Walter Ulbricht auf der Baustelle am Zentralen Platz mit (v.l.n.r.) H. Heinemann (Stellv. Chefarchitekt), W. Ulbricht, Ph. Daub (Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg), J. Kramer (Chefarchitekt) und Börsche (Stadtbaudirektor), 1953 | 44 |
| Abb. 48 | Fassadendetail für die Bebauung der Ostseite am Zentralen Platz | 45 |
| Abb. 49 | Großblockbauten (M-Q) an der Pappelallee im Wohnkomplex Nordpark 1957/58 | 47 |
| Abb. 50 | Anwendung der Großblockbauweise für ein Wohngebäude an der Moldenstraße, 1956 | 47 |
| Abb. 51 | Zusammenstellung der 56 benötigten Elemente für die Großblockbauweise (0,8 Mp) | 48 |
| Abb. 52 | Montage der Baureihe M8 im Wohnkomplex Jakobstraße | 48 |
| Abb. 53 | Beispiel für eine Häusergruppe im sozialistischen Wohnkomplex | 49 |
| Abb. 54 | Präzisierte Bebauungsplan für den Zentralen Bereich, 1960 | 49 |
| Abb. 55 | An der Jakobstraße, 1963 | 50 |
| Abb. 56 | Blick vom Turm der Johanniskirche in Richtung Süden | 51 |
| Abb. 57 | Bauflächen für den Nordabschnitt Karl-Marx-Straße auf einer Bestandskarte der Altstadt, 1960 | 51 |
| Abb. 58 | Wettbewerb für die Gestaltung des Zentralen Platzes 1961, 1. Preis | 52 |
| Abb. 59 | Hotel International in der Otto-von-Guericke-Straße, Fertigstellung 1963 | 52 |
| Abb. 60 | Konzept für Läden und eine Freiflächen-gestaltung im Nordabschnitt Karl-Marx-Straße (Breiter Weg), 1963-65 | 52 |
| Abb. 61 | Plan zur Entwicklung des Stadtzentrums, um 1965 | 53 |
| Abb. 62 | Entwicklungskonzept für den Aufbau des Stadtzentrums als Beschlussvorlage für den Ministerrat der DDR, 1968 | 54 |
| Abb. 63 | Am Modell des Magdeburger Stadtzentrums im Kulturhistorischen Museum, v.l.n.r. H. Seidel (Bezirksbaudirektor), H. Heinemann (Leiter des Büros für Stadtplanung), Walter Ulbricht (Vorsitzender des Staatrates der DDR), 19. 11.1965 | 54 |
| Abb. 64 | Konzept für den Zentralen Platz und die Elbufergestaltung, 1969 | 55 |

| | Seite | | Seite |
|---------|-------|----------|-------|
| Abb. 65 | 55 | Abb. 92 | 74 |
| Abb. 66 | 55 | Abb. 93 | 75 |
| Abb. 67 | 56 | Abb. 94 | 75 |
| Abb. 68 | 57 | Abb. 95 | 75 |
| Abb. 69 | 58 | Abb. 96 | 76 |
| Abb. 70 | 58 | Abb. 97 | 77 |
| Abb. 71 | 59 | Abb. 98 | 77 |
| Abb. 72 | 60 | Abb. 99 | 77 |
| Abb. 73 | 60 | Abb. 100 | 79 |
| Abb. 74 | 61 | Abb. 101 | 79 |
| Abb. 75 | 62 | Abb. 102 | 80 |
| Abb. 76 | 62 | Abb. 103 | 80 |
| Abb. 77 | 64 | Abb. 104 | 81 |
| Abb. 78 | 65 | Abb. 105 | 81 |
| Abb. 79 | 66 | Abb. 106 | 82 |
| Abb. 80 | 67 | Abb. 107 | 83 |
| Abb. 81 | 67 | Abb. 108 | 83 |
| Abb. 82 | 68 | Abb. 109 | 85 |
| Abb. 83 | 68 | Abb. 110 | 86 |
| Abb. 84 | 70 | Abb. 111 | 87 |
| Abb. 85 | 70 | Abb. 112 | 88 |
| Abb. 86 | 71 | Abb. 113 | 89 |
| Abb. 87 | 71 | Abb. 114 | 89 |
| Abb. 88 | 71 | Abb. 115 | 90 |
| Abb. 89 | 72 | Abb. 116 | 91 |
| Abb. 90 | 73 | Abb. 117 | 91 |
| Abb. 91 | 74 | Abb. 118 | 93 |
| | | Abb. 119 | 94 |
| | | Abb. 120 | 94 |
| | | Abb. 121 | 95 |
| | | Abb. 122 | 97 |

Quellen und Bildnachweis

- A - Altregistraturgut der Stadt Magdeburg
 B - Büro für urbane Projekte
 BMBau - Bundesministerium für Raumordnung,
 Bauwesen und Städtebau (Hg.)
 Müller - Frank-Heinrich Müller,
 Photographiedepot Leipzig
 SM - Stadtarchiv Magdeburg
 SPA M - Stadtplanungsamt Magdeburg
- Abb. 1 SM, Gehlert Alben, Bild 64
 Abb. 2 SM
 Abb. 3 Müller
 Abb. 4 Büro für urbane Projekte
 Abb. 5 Büro für urbane Projekte
 Abb. 6 SM
 Abb. 7 A
 Abb. 8 Nachlaß Carl Krayl (mit freundlicher Erlaubnis von
 Bruno Krayl)
 Abb. 9 Müller
 Abb. 10 SM
 Abb. 11 SM
 Abb. 12 A
 Abb. 13 50Jahre GEWOG, S. 49
 Abb. 14 SM, Gehlert-Alben, Nr. 98
 Abb. 15 SM, Gehlert-Alben, Nr. 124
 Abb. 16 Wissenschaftliche Sammlungen IRS Erkner
 Abb. 17 A
 Abb. 18 Mitteldeutscher Planungsatlas, Blatt 39
 Abb. 19 Wedepohl, E., Bauhelfer, 1950
 Abb. 20 Archiv Heinz Meyer, Magdeburg
 Abb. 21 A
 Abb. 22 SM, Gehlert-Alben, Nr. 84
 Abb. 23 A
 Abb. 24 SM, Neg.-Nr. 8466
 Abb. 25 Wissenschaftliche Sammlungen IRS, Erkner
 Abb. 26 SM, Gehlert-Alben, Nr. 209
 Abb. 27 SM, Gehlert-Alben, Nr. 210
 Abb. 28 Neue Bauwelt 1950, Heft 10, S. 153
 Abb. 29 ebenda. S. 155
 Abb. 30 SM, Rep. 41/790
 Abb. 31 SM, Gehlert-Alben, Nr.232
 Abb. 32 SM, Neg.-Nr. 25678
 Abb. 33 SM, Neg.-Nr. 25680
 Abb. 34 Wissenschaftliche Sammlungen IRS, Erkner
 Abb. 35 Magdeburger Volksstimme, 1951
 Abb. 36 SM, Neg.-Nr. 27676
 Abb. 37 A
 Abb. 38 A
 Abb. 39 A
 Abb. 40 A.
 Abb. 41 A
 Abb. 42 Wissenschaftliche Sammlungen IRS, Erkner
 Abb. 43 A
 Abb. 44 A
 Abb. 45 Wissenschaftliche Sammlungen IRS, Erkner
 Abb. 46 SM, Bisgahn-Alben, Neg.-Nr. 29273, 29274, 29275
 Abb. 47 Horst Heinemann
 Abb. 48 Kramer, J., 1955, S. 12
 Abb. 49 Wissenschaftliche Sammlungen IRS, Erkner
 Abb. 50 Deutsche Architektur 1956/1, S. 497
 Abb. 51 Hrusa, 1956, S. 498
 Abb. 52 A
 Abb. 53 Deutsche Bauzyklopädie, 1959, 2. Blatt (Rückseite)
 Abb. 54 Jakobs, F., 1959, S. 544 f.
 Abb. 55 A
 Abb. 56 A
 Abb. 57 A
 Abb. 58 Deutsche Bauakademie (Hg.), 1061, S. 209 f.
 Abb. 59 A
 Abb. 60 Deutsche Architektur 1967/9, S. 521
 Abb. 61 A
 Abb. 62 A
 Abb. 63 Horst Heinemann
 Abb. 64 A
 Abb. 65 A
 Abb. 66 A
 Abb. 67 A
 Abb. 68 A
 Abb. 69 A
 Abb. 70 A
 Abb. 71 A
 Abb. 72 A
 Abb. 73 A
 Abb. 74 A
 Abb. 75 A
 Abb. 76 A
 Abb. 77 A
 Abb. 78 A
 Abb. 79 A
 Abb. 80 A
 Abb. 81 A
 Abb. 82 A
 Abb. 83 A
 Abb. 84 Bauakademie der DDR, 1982, Titel
 Abb. 85 Bauakademie der DDR, 1982, S. 30
 Abb. 86 Büro für urbane Projekte
 Abb. 87 A
 Abb. 88 A
 Abb. 89 A
 Abb. 90 A
 Abb. 91 Magdeburg-Neue Neustadt, S. 14
 Abb. 92 A
 Abb. 93 Magdeburg-Neue Neustadt, S. 15
 Abb. 94 ebda. S35
 Abb. 95 ebda. S. 60
 Abb. 96 A
 Abb. 97 A
 Abb. 98 A
 Abb. 99 A
 Abb. 100 A
 Abb. 101 A
 Abb. 102 A
 Abb. 103 A
 Abb. 104 A
 Abb. 105 A
 Abb. 106 A
 Abb. 107 A
 Abb. 108 A
 Abb. 109 A
 Abb. 110 A
 Abb. 111 A
 Abb. 112 SM, Rep. 41/711
 Abb. 113 A
 Abb. 114 SM, Rep. 41/711
 Abb. 115 A
 Abb. 116 Kömer, H., 1982, S. 156
 Abb. 117 Müller
 Abb. 118 A
 Abb. 119 A
 Abb. 120 A
 Abb. 121 A
 Abb. 122 SPA M



Umschlag gedruckt auf
chlorfrei gebleichtem Papier
Gedruckt auf Recycling-Papier

Impressum

Herausgeber:
Landeshauptstadt Magdeburg
Büro für Öffentlichkeitsarbeit
und Protokoll
30090 Magdeburg

Redaktion:

Stadtplanungsamt Magdeburg

Autorinnen:

Dr.-Ing. Iris Reuther, Dipl.-Geogr. Monika Schulte,
Büro für urbane Projekte, Leipzig

Fotos und Reproduktionen:

Frank-Heinrich Müller, Photographiedepot Leipzig
Stadtplanungsamt Magdeburg

Grafik/Design:

Rudolf Purke/Karl-Heinz Art
VBK/BBK

Herstellung:

Magdeburger Druckerei GmbH
Nachtweide 36-43
39124 Magdeburg

Copyright: Stadtplanungsamt Magdeburg

